Das neue Parteiprogramm

Beschlossen vom Bundesparteitag der SPÖ am 20. 5. 1978

1. Die Grundsätze der Sozialisten

Die Sozialisten wollen eine Gesellschaftsordnung, also eine Ordnung der Lebensverhältnisse und der Beziehungen der Menschen zueinander, deren Ziel die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit in der Gemeinschaft ist. Sie wollen die Klassen beseitigen und den Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit gerecht verteilen.

Wir Sozialisten kämpfen für die Freiheit und Würde des Menschen, für die volle Gleichberechtigung und für soziale Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft.

Wir kämpfen gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung durch politische Gewaltherrschaft und privatwirtschaftliche oder staatskapitalistische Macht.

Wir wollen die Selbstsucht der kapitalistischen Profitwirtschaft durch eine Gesinnung ersetzen, die die wirtschaftliche Tätigkeit als bewussten Dienst an der Gemeinschaft auffasst.

Wir wollen die Würde und den Wert der Arbeit des Menschen sicherstellen und das Recht auf Arbeit gewährleisten.

Daher kämpfen die Sozialisten überall in der Welt für Menschlichkeit und soziale Demokratie.

Sie treten für eine weltweite Gemeinschaft der Völker ein, die in gleichberechtigter Zusammenarbeit mit Hilfe der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der technischen Errungenschaften Frieden und Wohlstand für alle statt Krieg und Vernichtung bringt.

1.1. Unsere Grundwerte

Wir Sozialisten streben eine klassenlose Gesellschaft an, in der Herrschaftsverhältnisse und Privilegien überwunden sind, und die auf den Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität aufbaut.

1.1.1. Freiheit

Die Sozialisten treten unverrückbar für die Freiheit ein. Freiheit bedeutet Absage an jede Form der Diktatur sowie vielfältige Wahlmöglichkeiten und sozial verantwortete Selbstbestimmung der Menschen. Die Verwirklichung menschlicher Freiheit bedarf aber materieller und sozialer Voraussetzungen, nämlich der Freiheit von Not, Furcht, Unwissenheit, Bevormundung und Ausbeutung.

Für uns Sozialisten ist die freie Entwicklung des einzelnen durch die Sicherung seiner Lebensgrundlagen die Voraussetzung für die Freiheit aller in der Gesellschaft.

1.1.2. Gleichheit

Die Sozialisten treten unverrückbar für die Gleichheit als Ausdruck der Gleichwertigkeit aller Menschen ein. Sie ist die Voraussetzung für die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit. Gleichheit bedeutet nicht Uniformität und Gleichmacherei, sondern Absage an die Klassen- und Privilegiengesellschaft. Freiheit und Gleichheit sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander; der erste Schritt zur Ungleichheit ist auch der erste Schritt zur Unfreiheit; nur politisch, wirtschaftlich und sozial gleichberechtigte Menschen sind freie Menschen.

1.1.3. Gerechtigkeit

Die Sozialisten treten unverrückbar für das Prinzip der Gerechtigkeit ein. Gerechtigkeit sichert die Würde der Menschen im Verhältnis zueinander durch die Verwirklichung gleicher Rechte und durch die Wahrung einer umfassenden Gleichheit der Chancen.

Als soziale Gerechtigkeit sichert sie den Menschen ihren Anteil am gemeinsam erarbeiteten Sozialprodukt und darüber hinaus einen sozialen Ausgleich zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft.

1.1.4. Solidarität

Die Sozialisten halten unverbrüchlich am Prinzip der Solidarität fest. Solidarität bedeutet aktives Eintreten für den Mitmenschen und Mitarbeit am Gemeinwohl. Erst das Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Gemeinschaft, die Rücksichtnahme auf den Nächsten und die Hilfe für die Schwächeren schaffen jene solidarischen Beziehungen zwischen den Menschen, die die Grundlage der sozialen Demokratie sind. Solidarität ist auch die stärkste Waffe im Kampf gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Als internationale Solidarität umfasst sie alle Völker.

Alle diese Grundwerte - Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität - sind gleichrangig. Nur ihre gemeinsame Verwirklichung kann allen Menschen ohne Unterschiede des Geschlechts, der Nation oder Klasse, der Religion oder Rasse ein erfülltes Leben in Frieden und Freiheit gewährleisten.

1.2. Demokratie

Die Sozialisten treten unverrückbar für die Demokratie ein. Sie lehnen jede Diktatur einer Minderheit ebenso ab wie eine die Menschenrechte verletzende Vergewaltigung von Minderheiten durch die Mehrheit.

Zwischen demokratischem Sozialismus und Diktatur gibt es keine Gemeinsamkeit. Daher sind die Sozialisten unbeugsame und kompromisslose Gegner der faschistischen und der kommunistischen Diktatur.

Überall, wo Kommunisten die Macht ergriffen haben, wurden die Hoffnungen auf Freiheit grausam enttäuscht. Selbst Ansätze dazu wurden stets mit Gewalt zerschlagen. Eine kleine Schicht von Funktionären maß sich unkontrollierte Herrschaft an. Die alte Privilegiengesellschaft wird durch eine neue ersetzt, die Unfreiheit der Menschen drückender als vorher. Weder als Bürger des Staates noch als Arbeitende in der Gesellschaft können die Menschen in den kommunistischen Ländern ihre Meinung frei äußern oder demokratische Kontrollrechte ausüben.

Die sozialistische Bewegung hat aus ihrer leidvollen Geschichte erfahren, dass es notwendig ist, den Anfängen des Faschismus zu wehren. Sie wendet sich aber nicht nur gegen Gruppen, die offen faschistisches Gedankengut vertreten, sondern auch gegen alle Versuche reaktionärer Kräfte, demokratische Rechte abzubauen oder rechtsstaatliche Garantien aufzuheben.

Daher ist sie auch wachsam gegenüber rechtskonservativen Bewegungen, die - ähnlich wie ihre Vorgänger - ihr gestörtes Verhältnis zur Demokratie durch kaum verhüllte Sympathien für Rechtsdiktaturen und den Kolonialismus alter und neuer Prägung in verschiedenen Teilen der Welt erkennen lassen.

Freiheit und Demokratie können niemals mit undemokratischen, autoritären Methoden erhalten und bewahrt werden. Deshalb müssen sie rechtzeitig und kraftvoll gegen alle Angriffe verteidigt werden.

Die Demokratie darf sich nicht nur auf die Gewährleistung freier Wahlen zwischen gleichberechtigten Parteien beschränken. Sie beruht auf der freien Mitbestimmung aller ihrer Glieder. Daher muss das Prinzip der Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen verwirklicht werden. Ohne Demokratie

kein Sozialismus.

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung war und ist die große Freiheitsbewegung Österreichs. In der ersten Phase ihres Wirkens hat sie die politische Demokratie und die Republik erkämpft, in der zweiten den Wohlfahrtsstaat aufgebaut und in der dritten Phase gilt es, die politische Demokratie und den Wohlfahrtsstaat zur sozialen Demokratie weiter zu entwickeln.

1.3. Die soziale Demokratie

Die soziale Demokratie wird eine Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit, der Gerechtigkeit und Solidarität sein, in der umfassende soziale Sicherheit durch das Recht auf Arbeit und durch Sorge um die Wohlfahrt der Menschen in allen Lebenslagen, das Recht auf humane Umwelt, auf umfassende Bildung und Ausbildung nach freier Wahl, auf Mitbestimmung und Mitverwaltung lebendige Wirklichkeit sind.

Die soziale Demokratie wird verwirklicht, indem immer neue Bereiche der Gesellschaft mit den Ideen der Demokratie durchdrungen werden. Wo immer es möglich wird, sollen die Menschen ihr Leben und ihre Arbeit in sozialer Verantwortung selbst gestalten und an den Entscheidungen mitwirken, die sie betreffen.

Dazu muss die auf ökonomischer oder bürokratischer Macht beruhende Herrschaft über Menschen durch solidarische und kooperative Beziehungen zwischen den Menschen ersetzt werden. Frei von Ausbeutung und Zwang soll eine Vielfalt von Lebens- und Arbeitsformen entstehen.

Das Abstimmungsprinzip allein, wie es in der politischen Demokratie geübt wird, genügt für andere gesellschaftliche Bereiche nicht. Es muss durch kooperative Formen der Entscheidungsfindung ergänzt werden. Den vielfältigen Lebenslagen und Gesellschaftsbereichen entsprechen in der sozialen Demokratie unterschiedliche Wege zur Übereinkunft. So ist demokratischer Sozialismus die Verwirklichung der sozialen Demokratie.

1.4. Sozialismus und Religion

Der Sozialismus ist eine internationale Bewegung, in der Menschen aufgrund humanistischer Wertvorstellungen, aufgrund marxistischer oder anders begründeter sozialer Analysen oder religiöser Überzeugungen für eine bessere Gesellschaft zusammenwirken. Sozialismus und Religion sind daher keine Gegensätze. Vielmehr achten die Sozialisten das Bekenntnis zu einem religiösen Glauben wie zu einer nichtreligiösen Weltanschauung als innerste persönliche Entscheidung jedes einzelnen und als wertvollen Antrieb für aktives Handeln in der Gesellschaft. Jeder religiöse Mensch kann demokratischer Sozialist sein.

Die volle Freiheit des Glaubens und Denkens darf weder durch den Staat noch auf sonstige Weise eingeschränkt werden. Die sozialistische Bewegung maßt sich nicht an, über die letzten Fragen des Menschen zu entscheiden. Sie will den christlichen Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften keine weltanschauliche Konkurrenz machen, sie anerkennt deren Leistungen und sichert ihnen die volle Freiheit in der Gesellschaft.

Die Sozialisten begegnen der christlichen Botschaft, die in gleicher Weise zur Nächstenliebe wie zum Eintreten für die Schwachen und Entrechteten verpflichtet, mit tiefer Sympathie. Millionen Christen stehen heute in der sozialistischen Bewegung, weil sie davon überzeugt sind, in ihr für ihre sittlichen Grundwerte am wirksamsten eintreten zu können. Sie sind Sozialisten nicht obwohl, sondern weil sie Christen sind.

1.5. Die Sozialisten und die Gemeinschaft der Völker

Die Österreichischen Sozialisten sind Teil einer weltweiten, internationalen Bewegung, deren Ziel

Friede und Freiheit für alle Völker ist. Sie bekennen sich zu den Grundsätzen der Sozialistischen Internationale. Sie lehnen alle Formen imperialistischer Politik ab. Jede Nation, auch die kleinste, hat ein Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung.

Die Sozialisten kämpfen leidenschaftlich gegen Krieg und Militarismus sowie gegen die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen. Sie treten für allgemeine Abrüstung unter internationaler Kontrolle ein und bekennen sich zur Charta der Vereinten Nationen, nach der Konflikte ohne Anwendung von Gewalt ausgetragen werden müssen.

Die Sozialisten wollen eine internationale Rechtsordnung, die die Freiheit jedes Volkes und die Menschenrechte jedes einzelnen verbürgt. Sie treten für die Wahrung der Rechte von Minderheiten ein.

Die Sozialisten wollen an die Stelle der Ausbeutung armer durch reiche Länder und an die Stelle der Herrschaft eines Volkes über andere Völker internationale Solidarität und Zusammenarbeit setzen.

Erst dadurch wird die weltweite Bekämpfung von Armut und Unwissenheit, von Hunger und Not möglich und der Weg zu Freiheit und Frieden für alle Menschen eröffnet.

2. Die Welt, die wir verändern wollen

Die Welt, in der wir leben, ist noch weit davon entfernt, den Menschen ein Leben in Frieden und Freiheit zu sichern.

Sie ist voll der Widersprüche:

- Die Menschheit will den Frieden - aber der immer raschere und kostspieligere Rüstungswettlauf bedroht sie mit Vernichtung.
- Planvolle Nutzung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts sowie der Naturschätze dieser Erde könnten allen Menschen ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen - aber Millionen Menschen verhungern.
- Wissenschaft und Technik überschreiten immer neue Grenzen - aber ihr verantwortungsloser Einsatz bedroht die Menschen und vergeudet Rohstoff- und Energievorräte.
- Eine stark wachsende Weltbevölkerung würde eine steigende Produktion von Gütern und Leistungen erfordern - aber in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung sind Millionen Menschen arbeitslos.
- In vielen Teilen der Welt gibt es grenzenlose Armut und grausame Ausbeutung - aber gleichzeitig ist gewaltiger Reichtum in den Händen weniger konzentriert.
- Die Konsumenten werden durch immer raffiniertere Methoden zu überflüssigen Käufen verführt - aber gleichzeitig werden Ausgaben für Gemeinschaftsleistungen von reaktionären Kreisen als Verschwendung denunziert.
- Immer mehr Einrichtungen werden mit dem Ziel geschaffen, dem Wohl der Menschen zu dienen - aber viele dieser Einrichtungen kehren sich durch bürokratische Verformung gegen diesen ursprünglichen Zweck.
- Verfassung und Gesetze verkünden die Gleichberechtigung der Geschlechter - aber die gesellschaftliche Wirklichkeit verweigert sie den Frauen.
- Die Menschen werden in steigendem Maß von den Entscheidungen in Politik und Wirtschaft betroffen - aber Konservative und mit ihnen verbündete wirtschaftliche Mächte verwehren ihnen die Mitbestimmung, die die Voraussetzung der Selbstverwirklichung ist.

Alle diese Widersprüche gilt es zu überwinden. Die von den Menschen verursachten Widersprüche

können nur von ihnen selbst überwunden werden.

2.1. Die Wirtschaftsordnung des Kapitalismus

Der wirtschaftliche Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg hat bei vielen die Hoffnung entstehen lassen, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem sich grundlegend gewandelt habe: Es sei durch wirtschaftspolitische Instrumente beherrschbar geworden, Krisen und Massenarbeitslosigkeit gehörten der Vergangenheit an, ein ständiges Wachsen des Wohlstandes sei gesichert.

In der Tat hat eine starke Arbeiterbewegung - in Österreich auch auf der Grundlage eines starken gemeinwirtschaftlichen Sektors – Vollbeschäftigung und steigende Einkommen sichern können. Die Krisenanfälligkeit des Wirtschaftssystems ist in den letzten Jahrzehnten durch technische Neuerungen und wachsende Staatsausgaben überdeckt worden. Der Welthandel entwickelte sich im Rahmen eines relativ stabilen, wenn auch ungerechten Weltwährungssystems.

Der Kapitalismus hat sich gewandelt, aber seine entscheidenden Merkmale sind geblieben. Auch in der modernen Industriegesellschaft entscheiden die Unternehmer, ob als Eigentümer oder als Manager, über die Produktion, die Investitionen und somit über die Arbeitsplätze. Ihre Entscheidungen kommen nicht auf Grund langfristiger gesellschaftlicher Planung zustande, sondern auf Grund von Gewinnerwartungen und Konkurrenzdruck. So kommt es insbesondere in Krisen dazu, dass notwendige Investitionen eingeschränkt oder nur für Rationalisierungsmaßnahmen, die Arbeitsplätze einsparen, eingesetzt werden.

Gesellschaftliche Bedürfnisse werden in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung übergangen, wenn deren Befriedigung keinen Gewinn verspricht. Es entstehen Produktionsbedingungen, die die natürliche Umwelt zerstören und die Menschen körperlich und seelisch schädigen. Auch heute, in der modernen Industriegesellschaft, sind Gewinn und unkontrolliertes Wachstum, nicht aber die Erfüllung der Bedürfnisse der Menschen, Triebkraft der Wirtschaftsentwicklung.

In den kapitalistischen Industrieländern entstehen neue Formen der Armut und der Entfremdung, vor allem in Regionen, die von struktureller Arbeitslosigkeit bedroht, und bei Gruppen, die nicht in den Produktionsprozess eingegliedert sind oder von den großen Interessensverbänden nicht vertreten werden.

Diese auf Gewinn und Konkurrenz aufgebaute Wirtschaftsordnung setzt Eigennutz und Gleichgültigkeit an die Stelle von Kooperation und Solidarität. Alles wird von der individuellen Kaufkraft abhängig. Arbeit wird nicht nach ihrer gesellschaftlichen Notwendigkeit und Nützlichkeit bewertet sondern nach dem Einkommen, das sie verschafft. Die Menschen geraten dadurch in Konkurrenz und Isolation. Menschen, die nicht mithalten können, werden als erfolglos, oft als störend angesehen und an den Rand gedrängt.

In den siebziger Jahren sind die modernen Industriestaaten weltweit von Krisen erfasst worden: Zur Wirtschaftskrise, die Millionen arbeitslos gemacht hat, kommen die Krisen der Umwelt und der Energie- und Rohstoffversorgung. Die Krisenanfälligkeit wird durch die Zerrüttung des internationalen Währungssystems und durch die Politik der internationalen Konzerne verschärft.

Drohende Massenarbeitslosigkeit und die Grenzen herkömmlicher Wirtschaftspolitik im kapitalistischen System werden von reaktionären Kräften dazu benützt, die Krise der kapitalistischen Wirtschaft als Krise des Staates darzustellen. Damit droht wie in den dreißiger Jahren die Gefahr einer Schwächung der Demokratie. Deshalb stellt sich den Sozialisten nach wie vor die historische Aufgabe, der konservativen Illusion von den Selbstheilungskräften der Marktwirtschaft eine klare Analyse der wirklichen Krisenursachen entgegenzustellen.

Die Sozialisten lehnen es mit Entschiedenheit ab, diese Entwicklung hinzunehmen. Sie wissen, dass sich die wirtschaftliche Lage nicht selbsttätig zum Besseren wendet, sondern dass es zielbewussten politischen Handelns bedarf, um die Wirtschaft den Menschen dienstbar zu machen. Deshalb treten die Sozialisten für die Reform der Entscheidungs- und Eigentumsverhältnisse ein und erblicken in der wachsenden kontinentalen Integration der nationalen Industriegesellschaften eine neue, große politische Herausforderung und Bewährungsprobe sozialdemokratischer Wirtschaftsauffassung.

2.2. Die Struktur unserer Gesellschaft

Durch die Entwicklung der Wirtschaft verändert sich auch die Gesellschaft: Der landwirtschaftliche Sektor wird immer kleiner. Mechanisierung, Rationalisierung und Automatisierung verändern die Industriearbeit und die Berufe. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung und der anhaltende Trend zur Großproduktion lässt die Zahl der mit Verwaltungs- und Leitungsaufgaben beschäftigten Angestellten zunehmen. Die Ausweitung der Staatsaufgaben, auch jener, die Schäden beseitigen, die das Wirtschaftssystem hervorbringt, vergrößert die Zahl der öffentlich Bediensteten. Die Zahl der in Dienstleistungsberufen Tätigen steigt ständig. Neue qualifizierte Berufe entstehen. Große Kapitalgesellschaften und internationale Großkonzerne übertragen die Verfügungsmacht auf eine Schicht von Managern, die durch Privilegien eng an die Eigentumsinteressen gebunden sind. Die technische und wissenschaftliche Intelligenz sowie die Qualität der Berufsausbildung werden für die Entwicklung und Organisation der Produktion entscheidend.

Auch heute bestimmen die Gegensätze zwischen den Abhängigen und den ökonomisch Mächtigen die soziale Entwicklung. Aber die Widersprüche sind heute schwer zu durchschauen. Die Interessen der abhängig Arbeitenden entsprechen nach wie vor dem Interesse der gesamten Gesellschaft an einem menschengerechten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.

2.2.1. Von der Partei der Arbeiter zur Partei aller arbeitenden Menschen

Der Kampf der Sozialisten um die elementaren Rechte der Arbeiter war von Anfang an ein Kampf um die demokratische Gesellschaft. Das gilt auch heute noch in einer Zeit, in der die sozialistische Bewegung sich nicht mehr allein auf die Arbeiterschaft stützt.

Wir sind heute die Partei der Arbeiter und Angestellten, der Beamten, Akademiker und Kulturschaffenden, und jener Selbständigen in Gewerbe und Landwirtschaft, für die der eigene Arbeitseinsatz die Voraussetzung ihrer Existenz darstellt. Die Hoffnungen aller dieser Gruppen können nur in einer sich zur sozialen Demokratie verändernden Gesellschaft ihre Erfüllung finden.

Die sozialistische Bewegung war in ihren Anfängen hauptsächlich von der Arbeiterschaft getragen. Bessere Einkommenschancen und eine stärkere Differenzierung innerhalb der Arbeiterschaft ändern nichts daran, dass die Arbeiter auch heute am meisten unter fremdbestimmten Arbeits- und Entscheidungsverhältnissen leiden.

Die sozialistische Bewegung wird heute besonders von den Angestellten, die an Zahl ständig zunehmen, mitgetragen. Sie verfügen über keine Produktionsmittel und sind in der gleichen Situation wie die Arbeiter.

Die technische und wissenschaftliche Intelligenz wie auch die Leiter von Produktion und Verwaltung befinden sich zum größten Teil in der Situation abhängig Arbeitender. Privilegien und elitäres Bewusstsein halten sie von der großen Masse der Arbeitenden getrennt. Aber ihr hoher Ausbildungsstand ermöglicht es gerade ihnen, gesellschaftliche Ungerechtigkeiten und historische Entwicklungen zu durchschauen. Diese Einsicht und ihre gesellschaftliche Verantwortung macht viele von ihnen zu Verbündeten der Arbeiterbewegung. Ihr Interesse an technischem Fortschritt und vernünftiger Produktion trifft sich mit der sozialistischen Zielsetzung, Arbeitsleid zu vermindern und

echten Wohlstand zu mehren.

Die Inhaber von Klein- und Mittelbetrieben begründen ihr Einkommen nicht auf Kapitalmacht, sondern auf die eigene körperliche und geistige Arbeit. Durch die fortschreitende Konzentration in der Wirtschaft werden viele Selbständige in Handel und Gewerbe gezwungen, ihre Selbständigkeit - sei es durch Betriebsstillegung, sei es durch Anschluss an Großbetriebe - aufzugeben. Dadurch wird die Versorgung von Teilen der Bevölkerung beeinträchtigt. Vor allem auf die gewerbliche Wirtschaft mit ihrem Können und ihrer wichtigen Dienstleistungsfunktion kann nicht verzichtet werden.

Der Wandel in der Landwirtschaft hat die Kluft zwischen Groß- und Kleinbauern wachsen lassen. Organisationsmängel, internationaler Konkurrenzdruck und die Machtverhältnisse in den Agrargenossenschaften haben vor allem die kleinen Bauern getroffen. Dies führt dazu, dass ein immer größerer Teil der Bauern seinen Lebensunterhalt nicht mehr allein aus der Landwirtschaft ziehen kann und daher gezwungen ist, in der Industrie zu arbeiten. Diese Nebenerwerbsbauern sind jedoch doppelt belastet: als Landwirte, da durch mangelnde und unzweckmäßige Technisierung die Arbeitsbelastung - besonders die der Bäuerin - sehr hoch ist, und als Arbeiter, weil sie häufig in schlecht bezahlten Berufen oder weit von ihrem Wohnort entfernt beschäftigt sind.

2.2.2. Für eine solidarische Gesellschaft

Die vielfältigen Interessen dieser sozialen Gruppen lassen sich durchaus auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Zwar verleiten die hierarchische Berufswirklichkeit und die individualistische Ideologie der Konsum- und Leistungsgesellschaft viele Menschen zu der Hoffnung, nur durch individuellen Aufstieg und individuelle Leistung ihre Situation verbessern zu können; mehr Macht, mehr Prestige oder mehr Geld allein verbürgen aber kein sinnvolles Leben. Die Illusion des individuellen Aufstieges kann nur für eine Minderheit in Erfüllung gehen. In einer Gesellschaft, die den Aufstieg allen als erreichbar verspricht, muss Einflusslosigkeit, sozialer Abstieg und Erfolglosigkeit als persönliches Versagen erlebt werden. Die wahren Ursachen werden so nicht erkannt. Dadurch wird die Solidarität der arbeitenden Menschen geschwächt und die Konkurrenz unter ihnen verstärkt. Wir Sozialisten wissen, dass nur eine Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Mitglieder einer Gesellschaft auch die Verbesserung der Lebensverhältnisse des einzelnen zu sichern vermag.

Die Verteilung der Arbeit und die Bewertung der unterschiedlichen Qualifikationen und Leistungen erzeugen stets von neuem Benachteiligte und Bevorzugte. Drohender oder tatsächlicher Verlust des Arbeitseinkommens erzeugt schärfste Konkurrenz zwischen den Menschen und bewirkt Entsolidarisierung. Alle nicht oder nicht voll in den Arbeitsprozess Eingegliederten müssen erfahren, dass in der kapitalistischen Wirtschaft nur die Arbeitskraft zählt.

Dank des sozialen Fortschritts, den die Arbeiterbewegung in den Industrieländern erkämpft hat, äußern sich heute Not und Benachteiligung nicht mehr als materielles Massenelend. Armut wird in neuer Form sichtbar und zeigt sich besonders krass in der Abwertung von Randgruppen. Arme, Arbeitslose, ausländische Arbeiter, Behinderte, Kranke brauchen keine Mildtätigkeit, sondern eine menschengerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der die Schwachen nicht ausgeschlossen sind.

Noch immer sind ethnische und religiöse Minderheiten in Österreich Vorurteilen und sozialer Diskriminierung ausgesetzt. Wir Sozialisten bekämpfen entschieden alle Vorurteile und Diskriminierungen und betrachten Minderheiten als gleichberechtigte Teile des Staatsvolkes.

2.2.3. Für die Mitverantwortung der Jugend

Der heute heranwachsenden Jugend sind die materiellen Entbehrungen früherer Jahrzehnte erspart

geblieben. Ein überreiches Angebot an Konsumgütern, Freizeit- und Bildungsmöglichkeiten, die Hoffnung auf den versprochenen Aufstieg und das Vorherrschen jugendlicher Leitbilder in der Gesellschaft stärken das Selbstvertrauen der jungen Generation.

Die Freizeitindustrie erzeugt eine Traumwelt, in der den Jugendlichen eine scheinbare Entlastung für die Versagungen im Berufsleben angeboten wird. In der Berufswirklichkeit erleben die Jugendlichen das Illusionäre ihrer individuellen Aufstiegshoffnungen. In vielen Ländern erfahren Jugendliche als Arbeitslose die Krisenanfälligkeit des gegenwärtigen Wirtschaftssystems und werden so zu seinen Opfern. Der Widerspruch zwischen den Erwartungen und der tatsächlichen Situation als Schüler, Lehrlinge und jugendliche Arbeiter kann zur Resignation oder zu Radikalisierung, aber durch die sozialistische Bewegung auch zu einem bewussten politischen Engagement führen. Die sozialistische Bewegung muss den jungen Menschen zeigen, wie sie durch Teilnahme an der gesellschaftlichen Willensbildung und durch eigenes Handeln ihre Lage verändern können. Der Optimismus junger Menschen, ihre Bereitschaft zu Veränderungen und ihre Sehnsucht nach Idealen geben gerade einer sozialistischen Politik neue Impulse. Deshalb tritt die Sozialistische Partei für die Erweiterung der Möglichkeiten zur Mitarbeit und Mitverantwortung junger Menschen in ihren Organisationen und in der Gesellschaft ein. Sie bejaht autonome politische Jugendorganisationen.

2.2.4. Für die Mitarbeit der älteren Generation

Wenn Menschen aus dem Arbeitsleben ausscheiden, erleben sie oft schmerzhaft, dass damit auch ein gesellschaftlicher Wertverlust verbunden ist. Als Ergebnis des erfolgreichen Kampfes der Arbeiterbewegung genießen alte Menschen heute ein höheres Maß an Sicherheit als je zuvor. Aber über die materielle Sicherheit hinaus muss auch ihr Anspruch auf gesellschaftliches Ansehen und persönliche Würde erfüllt werden. Oft erleben sie, dass ihre Umwelt auf ihre Bedürfnisse wenig Rücksicht nimmt. Zudem droht die Gefahr der Vereinsamung. Vor allem aber werden ältere Menschen häufig zu Objekten einer für sie nicht durchschaubaren und von ihnen nicht beeinflussbaren Bevormundung, obwohl gerade ihre Erfahrungen sie in die Lage versetzen, einen wichtigen Beitrag zum Leben der Gemeinschaft zu leisten. Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist es daher, die Mitwirkung der älteren Menschen zu fördern und für sie volles Mitbestimmungsrecht in allen sie betreffenden Bereichen sicherzustellen.

2.2.5. Für die volle Gleichberechtigung und Selbstentfaltung der Frau

Ein schwer zu durchbrechendes System traditioneller Normen und Vorurteile beschränkt noch immer die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft. Politische und rechtliche Gleichstellung sowie die Berufstätigkeit der Frauen sind zwar wichtig, verwirklichen aber allein noch nicht die volle Gleichberechtigung. Die Emanzipation der Frauen lässt sich nur über deren politische, wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit durchsetzen. Bereits errungene politische Rechte und wirtschaftliche Erfolge müssen ständig verteidigt werden, denn die Berufstätigkeit der Frauen wird in der Folge von Wirtschaftskrisen nur allzu leicht in Frage gestellt. Trotz wichtiger Verbesserungen konnte die ungleiche Behandlung der Frauen in der Arbeitswelt noch nicht überwunden werden. Veränderungen der Arbeitsorganisation - wie die Rationalisierung - treffen in voller Härte die arbeitenden Frauen. Der technische Fortschritt schaffte einerseits neue qualifizierte Arbeitsplätze, zumeist für Männer, andererseits minderqualifizierte oft schlecht bezahlte Arbeitsplätze speziell für Frauen.

Noch immer gilt die alleinige Verantwortung für Haushalt und Kindererziehung selbst bei berufstätigen Müttern als Selbstverständlichkeit. Die Doppelbelastung berufstätiger Frauen versucht die Gesellschaft durch die Minderbewertung der Hausarbeit zu übergehen, die von den Frauen als Gratisleistung erwartet wird. Um den Preis dieser Doppelbelastung dürfen sich auch verheiratete Frauen im Berufsleben bewähren. Diese Doppelbelastung ist durch gemeinsame Arbeit und

Verantwortung von Mann und Frau für Haushalt und Kindererziehung abzubauen. Der Frau und Mutter muss die Ausnützung ihres Rechtes auf Berufsausübung möglich gemacht werden.

Die sozialistische Frauenbewegung hat schon in ihren Anfängen erkannt, dass es nicht darum gehen kann, sich gegen die Männer zu stellen, sondern dass sich der Kampf in Solidarität mit den Männern gegen eine ungerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung richten muss. Weil die Sozialisten die Emanzipation von Mann und Frau verwirklichen wollen, machen sie den Kampf der Frau gegen Benachteiligungen auch zu ihrem Kampf.

2.3. Vom Wohlfahrtsstaat zur sozialen Demokratie

Die Sozialisten haben von allem Anfang an im Interesse der arbeitenden Menschen um den Einfluss im Staat gerungen. Sie haben in ihrem politischen und gewerkschaftlichen Kampf erreicht, dass das Elend der arbeitenden Menschen, der Kinder, Kranken und Alten durch Selbsthilfeorganisationen und öffentliche Einrichtungen gemildert oder ganz beseitigt wurde. Sie haben den Wohlfahrtsstaat Schritt für Schritt aufgebaut und geräumiger gemacht.

Aber der Wohlfahrtsstaat ist durch die Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bedroht. Seine Errungenschaften werden von Wirtschaftskrisen in Frage gestellt. Die sozialdemokratische Politik kann sich daher nicht allein auf die Verteidigung bestehender politischer Rechte und sozialer Errungenschaften beschränken, sondern muss eine grundlegende Umgestaltung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung in eine gerechtere und weniger krisenanfällige zum Ziele haben.

Die konservativen Kräfte sind stets für einen Staat eingetreten, der die Interessen der Privilegierten gegen jene der großen Mehrheit der Bevölkerung verteidigt. Auch heute haben sie ein widersprüchliches Verhältnis zu den staatlichen Einrichtungen: Einerseits rufen sie nach dem "starken Staat", behaupten aber gleichzeitig, für "weniger" Staat zu sein. In Wirklichkeit bedeutet das: Der "starke" Staat soll ihre Interessen schützen, durch "wenig" Staat sollen die Bedürfnisse der sozial Schwächeren vernachlässigt bleiben. Sie treten für staatliche Ausgabenkürzungen zu Lasten von Wohlfahrtseinrichtungen und Beschäftigungspolitik ein.

Der Wohlfahrtsstaat - diese Errungenschaft der Arbeiterbewegung - aber ist nicht frei von Mängeln. Er berücksichtigt vor allem die Interessen jener Bevölkerungsgruppen, die organisiert auftreten und über genügend politische Durchschlagskraft verfügen. Die Benachteiligungen, die sich aus der bürokratischen Organisation des Staates und der öffentlichen Einrichtungen ergeben, kommen hinzu.

Neue demokratische Formen des menschlichen Zusammenlebens sollen den Staat für die Menschen durchschaubar und kontrollierbar machen. Die Sozialisten kämpfen dafür, dass der Staat niemals wieder ein Instrument der Unterdrückung der arbeitenden Menschen wird, sondern zur Durchsetzung ihrer Lebensinteressen dienstbar gemacht wird.

Die Widersprüche in unserer Welt und die Unfähigkeit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, die Probleme der Menschen zu lösen, erfordern eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft - die Verwirklichung der sozialen Demokratie als ständige Aufgabe.

3. Die Forderungen der Sozialisten

3.1. Mensch und Demokratie

Die Sozialisten wollen die Demokratie als Gestaltungsprinzip aller Bereiche unserer Gesellschaft verwirklichen. Sie bekennen sich zu den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie, zum

Mehrparteiensystem, zum kooperativen Bundesstaat und zur Gemeindeautonomie. Ebenso bekennen sie sich zur Reform der Demokratie als dauernder Aufgabe, die nur von politisch bewussten und sich der Gemeinschaft verantwortlich fühlenden Menschen getragen werden kann.

Viele von der Gesellschaft bisher vernachlässigte Lebensbereiche können nur durch vielfältige Formen der Alltags- und Nahbereichsdemokratie sinnvoll gestaltet werden. Daher treten die Sozialisten dafür ein, dass die praktische Anwendung von Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht wird und dass Mitbestimmung und Mitverantwortung in überschaubaren Bereichen ausgebaut werden. Rechtzeitig, ausreichende und verständliche Information soll sicherstellen, dass den Menschen ein Eingreifen in die Entscheidungsprozesse ermöglicht wird.

Was von den Menschen selbstverantwortlich und wirksam geleistet werden kann, soll nicht von übergeordneten Instanzen an sich gezogen werden. Demokratischer Sozialismus kann kein verordneter Sozialismus sein.

3.1.1. Für die Weiterentwicklung der politischen Demokratie

Zur Verwirklichung der sozialen Demokratie ist es notwendig, die politische Demokratie auszubauen und weiterzuentwickeln.

Daher treten die Sozialisten ein:

- Für den weiteren Ausbau der parlamentarischen Demokratie durch die Stärkung ihrer Einrichtungen.
- Für eine Intensivierung des Kontaktes zwischen Wählern und Mandataren, unter anderem durch den Einbau von Elementen der Persönlichkeitswahl in das System der Verhältniswahl.
- Für einen ständigen Ausbau der innerparteilichen Demokratie und eine weitere Demokratisierung des Auswahlverfahrens von Mandataren und Funktionären.
- Für die Schaffung verstärkter Kontroll- und Informationsrechte im Bereich der Länder und Gemeinden.
- Für die Verankerung des Prinzips der Demokratie auch auf der Ebene der politischen Bezirke.
- Für die Einrichtung von Kommissionen und Beratungsgremien mit dem Ziel, die Mitwirkung von Betroffenen und Experten im Prozess der politischen Willensbildung zu erweitern.
- Für eine Verstärkung der Mitbestimmung aller Bürger in Gemeinden und Stadtbezirken, insbesondere durch eine Verstärkung der Einrichtungen direkter Demokratie.
- Für die Ergänzung der Einrichtungen der repräsentativen Demokratie durch die Unterstützung von Bevölkerungsinitiativen, die lokale und sachliche Interessen zum Ausdruck bringen, wobei auf gesamtgesellschaftliche Zielsetzungen Bedacht zu nehmen ist.
- Für eine Erleichterung des Erwerbs der Österreichischen Staatsbürgerschaft für Personen, die ihren dauernden Wohnsitz und ihren Arbeitsplatz in Österreich haben.
- Für den Ausbau der Möglichkeiten für ausländische Arbeitskräfte, an den sie betreffenden Entscheidungen durch geeignete Institutionen mitzuwirken.

3.1.2. Für die Weiterentwicklung der demokratischen Rechtsordnung

Ziel sozialistischer Rechtspolitik ist es, die Grund- und Menschenrechte zu sichern, zur Freiheit und Gleichheit der Menschen beizutragen, die Einrichtungen des demokratischen Rechtsstaates zu verteidigen, einen wirksamen Beitrag zum Schutz vor Kriminalität zu leisten und durch eine soziale und demokratische Rechtsgestaltung und Rechtsverwirklichung eine humane Ordnung aufbauen zu helfen. Die Rechtsordnung – der juristische Überbau der ökonomischen Struktur der Gesellschaft – bedarf der ständigen Anpassung an die sich ändernden gesellschaftlichen Verhältnisse. In diesem

Anpassungsprozess übt die Rechtsreform ihren Einfluss auf die Weiterentwicklung der Gesellschaft zur sozialen Demokratie aus.

Die Sozialisten treten ein:

- Für die wirksame Sicherung und den Ausbau der Grund- und Freiheitsrechte.
- Für die Verankerung der sozialen Grundrechte in der Verfassung.
- Für die Verwirklichung der Grundsätze der europäischen Menschenrechtskonvention.
- Für die weltweite Anerkennung und Sicherung der Menschenrechte im Geiste der internationalen Solidarität.
- Für den Kampf gegen alle Formen von Unfreiheit und Diskriminierung, gegen Todesstrafe, Folter und Terror.
- Für die Gleichheit im Zugang zum Recht und bei der Durchsetzung des Rechts. Jeder Mensch muss ohne Unterschied des Vermögens, des Einkommens, der Bildung und der gesellschaftlichen Stellung zu seinem Recht kommen können. Wirtschaftliche und soziale Ungleichheit darf nicht zu rechtlicher Benachteiligung führen.
- Für kompensatorische Maßnahmen, die dem Schwächeren bei der Rechtsverwirklichung helfen: Allgemeine Rechtsinformation, kostenlose Rechtsberatung, Rechtshilfe durch Übernahme der vollen Verfahrens- und Vertretungskosten in sozial gerechtfertigten Fällen, Förderung einer allgemeinen Rechtsschutzversicherung, Rechtshilfe für den einzelnen in Fragen, deren Bedeutung über den Einzelfall hinausgeht, durch Verbandsklagen von Interessenverbänden, so in Fragen des Konsumentenschutzes, des Mieterschutzes und des Arbeits- und Sozialrechtes. Formale Vertragsfreiheit darf nicht zur Benachteiligung der sozial Schwächeren führen.
- Für einen gerechten Ausgleich zwischen Eigentumsrechten und den Interessen der Allgemeinheit.
- Für eine Weiterentwicklung des Strafrechts, die davon ausgeht, dass Vorbeugung und Wiedergutmachung nützlicher und wichtiger sind als Strafen. Das beste Mittel zur Bewältigung von Kriminalität ist der Abbau von gesellschaftlichen Spannungen, sowie die Freiheit von Furcht und Not, Angst und Unterdrückung.
- Für eine wirksame Bekämpfung aller Formen der Wirtschaftskriminalität.
- Für eine stärkere Berücksichtigung der Schadensersatzansprüche von Verbrechenopfern.
- Für die schrittweise Ersetzung und Ergänzung der Anhaltung Verurteilter in geschlossenen Anstalten durch Resozialisierungsmaßnahmen und Maßnahmen des offenen Strafvollzugs, soweit das unter Bedachtnahme auf den Schutz der Gesellschaft möglich ist.
- Für den Ausbau der Sozialarbeit und der Bewährungshilfe im Interesse der Wiedereingliederung straffällig Gewordener.
- Für einen humanen Strafvollzug nach sozialpädagogischen Grundsätzen.
- Für eine angemessene Entlohnung der Arbeit im Strafvollzug unter Abzug der Verpflichtungen für Wiedergutmachung und für bestehende Unterhaltspflichten.
- Für die Reform der gesetzlichen Grundlagen von Entmündigung, Anhaltung und Freiheitsbeschränkungen von Patienten psychiatrischer Anstalten. Sicherung der Grundrechte der Betroffenen entsprechenden Grundsätzen der Europäischen Menschenrechtskonvention, Berücksichtigung sozialpsychiatrischer Erkenntnisse und Betreuung durch Sozialarbeiter. Freiheitsentzug darf auch bei psychisch Kranken nur das letzte Mittel sein.
- Für die richterliche Unabhängigkeit, die freie Berufsausübung und die freie Auswahl der Rechtsanwälte, Notare und Verteidiger in Strafsachen.
- Für eine zeitgemäße, leistungsfähige und lebensnahe Gerichtsorganisation, die raschen und

wirksamen Rechtsschutz ermöglicht.

- Für die Schaffung einer umfassenden Sozialgerichtsbarkeit.
- Für eine Ausbildung der Juristen, die nicht nur die Kenntnisse des Rechts, sondern auch die der sozialen Wirklichkeit, der Zusammenhänge von Recht und Gesellschaft sowie der Bedingungen und Folgen rechtlicher Regelungen vermittelt. Dies gilt auch für die Ausbildung gerichtlicher Sachverständiger.
- Für den Ausbau von Schiedsinstanzen und Schlichtungsstellen zur Vermeidung von Gerichtsverfahren.
- Für die Mitwirkung des Volkes an der Rechtssprechung; ihre Wirksamkeit ist durch eine entsprechende Ausbildung der Laienrichter zu gewährleisten und zu verbessern.
- Für den Abbau noch vorhandener obrigkeitsstaatlicher Erscheinungsformen der Justiz.
- Für eine demokratische Kontrolle der Justiz wie aller anderen gesellschaftlichen Einrichtungen durch die Öffentlichkeit unter Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit.

3.1.3. Für eine demokratische Verwaltung

In der sozialen Demokratie darf öffentliche Verwaltung keine unpersönliche Gewalt mit Autoritätsansprüchen über Menschen sein. Sie soll eine demokratische Organisation zur Befriedigung der Bedürfnisse des Alltagslebens sein, über die die Menschen mitverfügen können. Den Gefahren der Bürokratisierung aller Lebensbereiche ist ständig entgegenzuwirken.

Die Sozialisten wollen Ungleichheiten, wo immer sie auftreten, beseitigen und daher auch den Abstand zwischen Bevölkerung und Verwaltung schrittweise abbauen. Sachlich nicht begründbare und deshalb überflüssige hierarchische Abhängigkeiten sind zu beseitigen.

Die große Mehrheit der öffentlich Bediensteten verrichtet ihre Arbeit in sachlich nicht begründbarer und deshalb überflüssiger hierarchischer Abhängigkeit. Diese Fremdbestimmtheit hindert sie oft daran, ihre Tätigkeit als Dienst im Interesse der Bevölkerung, vor allem der sozial Schwächeren, zu erfüllen.

Daher treten die Sozialisten ein:

- Für eine sparsame, einfache, gut und rasch im Dienste der Bevölkerung funktionierende Verwaltung.
- Für die Beseitigung obrigkeitsstaatlicher Bürokratie. In der Demokratie sind alle Einrichtungen so zu gestalten, dass sie für die Bevölkerung überschaubar und für die Volksvertreter kontrollierbar sind.
- Für den Ausbau der öffentlichen Verwaltung zu einem demokratischen Planungs- und Dienstleistungssystem: öffentliche Verwaltung und Planung sollen verstärkt den Bedürfnissen der Menschen dienstbar gemacht und unter größtmöglicher Beteiligung aller Betroffenen organisiert werden.
- Für eine dezentralisierte Verwaltung im Rahmen einer sinnvollen Verteilung der Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, wobei der Föderalismus nicht bei den Ländern enden darf.
- Für einen sozial gerechten Zugang zur öffentlichen Verwaltung, was auch eine bevölkerungsnaheräumliche Verteilung öffentlicher Verwaltungs- und Versorgungseinrichtungen voraussetzt.
- Für die Einrichtung von Verwaltungsservicestellen, die in den Wohngebieten gelegen und auch außerhalb der üblichen Amtsstunden tätig sein sollen, damit dem einzelnen der Umgang mit Behörden erleichtert wird.
- Für Gesetze und Verwaltungsvorschriften, die frei von autoritärem Gedankengut und für die

Bevölkerung einsichtig sind.

- Für den Ausbau der Auskunfts- und Informationsrechte der Bevölkerung, damit der einzelne im Verwaltungsverfahren den Behörden gleichberechtigt gegenüberstehen kann.
- Für eine Stärkung und Ausweitung der demokratischen Kontrolleinrichtungen, die die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung nicht nur im Hinblick auf ihre Wirtschaftlichkeit, sondern auch auf die Erfüllung ihrer Leistungs- und Planungsverpflichtungen für die Bevölkerung prüfen. Diese Kontrolleinrichtungen sollen im Auftrag gewählter Organe tätig werden und sich nicht nur aus Beamten zusammensetzen.
- Für die Schaffung offener Strukturen und für die Übertragung möglichst vieler Entscheidungs-, Mitwirkungs- und Kontrollrechte auf kleinere demokratisch organisierte Gemeinschaften, um die Entscheidungsprozesse überschaubarer zu machen und die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen zu stärken.

3.1.4. Für eine informierte Gesellschaft

Die Medien erfüllen eine öffentliche Aufgabe, indem sie Träger der für eine demokratische Gesellschaft notwendigen Information und Meinungsvielfalt sind.

Sozialistische Medienpolitik hat die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Aufgabe zu schaffen. Sie muß der Tendenz zur Medienkonzentration entgegenwirken, welche die Meinungs- und Informationsfreiheit der Bevölkerung im Spätkapitalismus ernsthaft bedroht.

Sozialistische Medienpolitik muss allen Staatsbürgern freien Zugang zu Information und freie Meinungsäußerung gewährleisten, jeglicher Zensur und dem Missbrauch publizistischer Macht entgegenzutreten. Die Sozialisten bekennen sich zur Meinungs- und Medienfreiheit und zu einer Vielfalt und Vielzahl von Medien in privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Organisationsformen.

Die Sozialisten treten ein:

- Für wirksamen Schutz der Persönlichkeitssphäre vor Übergriffen der Massenmedien.
- Für eine demokratisch kontrollierbare, öffentlich-rechtliche Organisationsform von Hörfunk und Fernsehen.
- Für eine demokratisch kontrollierbare Programmverantwortung der in Entwicklung begriffenen neuen elektronischen Medien, für die die gleichen Verpflichtungen wie für die öffentliche Rundfunkanstalt zu gelten haben.
- Für breite Mitbestimmung der Medienmitarbeiter und Medienkonsumenten. In den Medienunternehmen sind geeignete Mitbestimmungseinrichtungen zu schaffen, in denen journalistische und technische Mitarbeiter vertreten sind.
- Für Meinungsvielfalt in den Medien durch Sicherung der inneren Medienfreiheit, für gesetzliche Verankerung des Gewissensschutzes der Journalisten und von Redaktionsstatuten.
- Für Maßnahmen gegen Medienkonzentration, insbesondere durch öffentliche Medienförderung.
- Für Offenlegung der grundlegenden Richtung und der Eigentums- und Beteiligungsverhältnisse jedes Mediums.
- Für Berufsausbildung der Journalisten unter Mitwirkung der Betroffenen. Sie muss neben ihrer beruflichen Qualifikation ihre demokratische Verantwortung in den Mittelpunkt stellen.
- Für ausreichenden Datenschutz, auch im Bereich der neuen elektronischen Medien.
- Für die Schaffung materieller Voraussetzungen für das Entstehen einer neuen Österreichischen Filmkultur.

- Für eine umfassende Medienerziehung, um eine kritische Auseinandersetzung der Bevölkerung mit den Medieninhalten zu fördern.
- Für neue Formen der Kommunikation und die Förderung aller Einrichtungen, die es den Menschen ermöglichen, ihre Interessen und Ansichten zum Ausdruck zu bringen.

3.2. Für eine menschengerechte Wirtschaft

Unser Leben wird im großen Maße von den Macht- und Entscheidungsverhältnissen in der Wirtschaft bestimmt. Die effiziente Bereitstellung von erwünschten Gütern und Leistungen ist nur dann gewährleistet, wenn der wirtschaftliche Prozess durch die planende Gesellschaft demokratisch bestimmt wird. Mitbestimmung am Arbeitsplatz soll sicherstellen, dass Arbeit als Entfaltungsbereich des Menschen erlebt werden kann, nicht als entfremdete und fremdbestimmte Tätigkeit. Überbetriebliche Planung soll sicherstellen, dass die Produktion an Wohlfahrtskriterien ausgerichtet wird, nicht nur an Wachstum und Gewinn. Sozialisten gehen davon aus, dass die Grundrechte der sozialen Demokratie – das Recht auf Arbeit, das Recht auf humane Umwelt, Mitbestimmung und Mitverwaltung – sowie die Ziele Vollbeschäftigung, stetiges qualitatives Wachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, gleichmäßigere Einkommensverteilung und Preisstabilität nur dann verwirklicht werden können, wenn die Entscheidungsverhältnisse grundlegend verändert werden.

Die Sozialisten wollen die Entscheidungs- und Eigentumsverhältnisse so gestalten, dass einerseits die größtmögliche Entfaltung und Mitverantwortung des einzelnen, andererseits die Verwirklichung gesellschaftlicher Ziele möglich wird. Welchen Beitrag ein großer gemeinwirtschaftlicher Sektor, vor allem die Verstaatlichung der Grundindustrie und Großbanken, zur Erhaltung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und zur Sicherung der Vollbeschäftigung leisten kann, hat sich gerade in Österreich gezeigt. Eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse allein schafft jedoch noch keine Veränderung im Sinne des demokratischen Sozialismus.

Veränderung der Entscheidungsverhältnisse bedeutet die verstärkte Beteiligung bisher unzureichend vertretener Gruppen und die Berücksichtigung ihrer Interessen im Entscheidungsprozess, sowie die Ausrichtung der Entscheidungen auf gesamtgesellschaftliche und langfristige Zielsetzungen statt auf kurzfristige Ertragserwartungen.

Die internationale Verflechtung der Österreichischen Wirtschaft und die dadurch gesetzten Grenzen traditioneller, Wirtschaftspolitik erfordern verstärkte internationale Kooperation und Solidarität.

Sozialistische Wirtschaftspolitik beschränkt sich nicht darauf, Fehlentwicklungen der Marktwirtschaft jeweils im Nachhinein zu korrigieren. Wo Produktions- und Investitionsentscheidungen vor allem am erwarteten Gewinn ausgerichtet sind, werden immer wieder Arbeitslosigkeit, Inflation und Stagnation auftreten. Sozialistische Wirtschaftspolitik sieht im Markt keinen Wert an sich, sondern ein Organisationsprinzip, das neben anderen Steuerungsformen der Wirtschaft gesellschaftlich bestimmte Aufgaben erfüllen kann. Die Alternative, vor die sich jede Wirtschaftspolitik gestellt sieht, heißt: Freiheit vernichtende und Regionen verödenende Wirtschaftskrisen oder eine demokratisch planende Gesellschaft.

3.2.1. Für qualitatives Wachstum

Für das kapitalistische wie für das kommunistische Wirtschaftssystem stellt hemmungsloses Wachstum die Grundlage ihres Bestandes dar. Dieses zerstört aber die Umwelt und gefährdet die Gesundheit.

Die Sozialisten streben demgegenüber ein qualitatives Wachstum an.

- Dieses soll die Armut beseitigen, hohe Beschäftigung und den weiteren Ausbau des öffentlichen Sektors gewährleisten und die Versorgung mit Gütern und Leistungen sowie die Lebensqualität der Bevölkerung verbessern.
- Qualitativ ausgerichtet ist das Wachstum dann, wenn die Humanisierung der Arbeitsplätze, die verantwortungsvolle Nutzung der Produktionsfaktoren und eine möglichst geringe Belastung der Umwelt im Vordergrund stehen.
- Qualitatives Wachstum verlangt, dass sich Produktion und Verteilung privater und öffentlicher Güter am demokratischen Grundwert der Gleichheit der Lebenschancen orientieren.

3.2.2. Konjunktur und Arbeit

Wirtschaftliche Rückschläge treffen in erster Linie die arbeitenden Menschen. Viele verlieren ihre Arbeitsplätze. Technologische Entwicklungen drohen die Beschäftigungsmöglichkeiten ganzer Wirtschaftszweige zu vernichten.

Deshalb treten die Sozialisten ein:

- Für den Vorrang der Sicherung und Schaffung menschengerechter Arbeitsplätze.
- Für eine weltweite Überwindung der Krisen durch international abgestimmte Maßnahmen und durch die Verwirklichung einer neuen Weltwirtschaftsordnung.
- Für ein Entwicklungsprogramm für die Dritte Welt, bei dessen Planung und Verwirklichung die Wirtschaftskraft der neuen Staaten gefördert und die Wirtschaftskapazität der Industrieländer genützt werden kann. Angesichts ständig unausgelasteter Kapazitäten und Arbeitslosigkeit bedeutet verstärkte wirtschaftliche Kooperation mit diesen Ländern keinen Kaufkraftverzicht, sondern führt zu vermehrten Beschäftigungs- und Einkommenschancen auch in den Industriestaaten.
- Für die Nutzung aller konjunkturpolitischen Möglichkeiten im nationalen Bereich: Öffentliche Investitionen, gezielte Investitionsförderung, Steuerreformen, die die Kaufkraft der unteren und mittleren Einkommensbezieher stärken.
- Für die Bewahrung der Autonomie der österreichischen Wirtschaftspolitik durch Maßnahmen zur Verringerung des Importanteils und durch die demokratische Kontrolle der multinationalen Konzerne.
- Für eine besondere Unterstützung und Förderung österreichischer Klein- und Mittelbetriebe.

Auch bei einer länger anhaltenden weltwirtschaftlichen Krise oder Stagnation werden die Sozialisten ein möglichst hohes Niveau der Beschäftigung sichern:

- Durch verstärkte Bemühungen, die Kaufkraft der Bevölkerung sowie den Anteil des öffentlichen Sektors am Volkseinkommen zu erhöhen.
- Durch die Verteilung der verfügbaren Arbeitsplätze auf alle Arbeitssuchenden durch eine differenzierte Anpassung der Arbeitszeit; das Beschäftigungsrisiko muss von der gesamten Gesellschaft getragen werden.

3.2.3. Geld- und Währungspolitik

Eine geordnete Geld- und Kapitalversorgung sowie eine die internationale Wettbewerbsfähigkeit langfristig absichernde Währungspolitik sind die Voraussetzung zur Erreichung eines hohen Beschäftigungsniveaus und eines wachsenden Wohlstandes. Sie werden vor allem durch Unsicherheit und Spekulationen auf den Geld- und Kapitalmärkten gestört. Durch Geldmengensteuerung allein lassen sich hohes Beschäftigungsniveau sowie qualitatives und

stetiges Wirtschaftswachstum nicht sichern.

Deshalb treten die Sozialisten ein:

- Für die Überwindung spekulativer Störungen vor allem durch die Nutzung des öffentlichen Eigentums im Kreditsektor.
- Gegen eine konservative Geldpolitik, die durch die Erzeugung von Arbeitslosigkeit Preisstabilität erreichen will.
- Für gesetzliche und technische Voraussetzungen, um bei massiven Konjunkturerinbrüchen die Finanzierung einer wirkungsvollen Beschäftigungspolitik sicherzustellen.
- Für eine gerechte Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts als wichtigen Beitrag zur Preisstabilität.

3.2.4. Für eine gerechte Einkommensverteilung

Auch in der österreichischen Gesellschaft gibt es noch ein hohes Maß an Einkommensungleichheit. Ein relativ kleiner Prozentsatz der österreichischen Bevölkerung verfügt über einen beträchtlichen Teil des produktiven Vermögens und bezieht daraus hohe Einkommen. Überdies finden sich ungerechtfertigt große Unterschiede in der Entlohnung verschiedener Tätigkeiten und Berufe sowie zwischen Männern und Frauen.

Da die Verteilung der Einkommen wesentlich die Lebenschancen in der Gesellschaft bestimmt, muss die beträchtliche Ungleichheit in der personellen Einkommensverteilung verringert werden, denn die bestehenden übergroßen Einkommensunterschiede können nicht allein mit dem Leistungsprinzip gerechtfertigt werden. Spitzeneinkommen sind Ausdruck von Monopol- und Machtstellungen. Demgegenüber sind Entlohnungsunterschiede dann gerechtfertigt, wenn sie besondere Belastungen und unvermeidbare Gesundheitsgefährdungen in der Arbeit berücksichtigen.

Die Sozialisten treten ein:

- Für eine gerechte Einkommens- und Lohnfestsetzung in der privaten Wirtschaft, im öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Sektor. Solidarische Lohnpolitik ist die Basis einer gerechten Einkommensverteilung.
- Für die Festlegung einer gerechten Einkommensverteilung durch einen Prozess der demokratischen Willensbildung auf der Grundlage der Transparenz der Einkommensverhältnisse.
- Für die Verringerung der Ungleichheit der Einkommen durch die Steuerpolitik.
- Für eine gerechtere Vermögensverteilung auch durch Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.
- Für die verstärkte Bereitstellung öffentlicher Einrichtungen und für unmittelbare finanzielle Zuwendungen für einkommensschwache Gruppen.
- Für eine planvolle, demokratische Nutzung von nicht vermehrbaren Gütern - wie Seegrundstücken oder städtischem Verkehrsraum -, die sicherstellt, dass auch solche Güter allen zugänglich sind.
- Für die Überprüfung der öffentlichen Spitzeneinkommen sowie der Einkommen aus öffentlichen Unternehmungen, ob sie Ausdruck von Sonderprivilegien oder ob sie durch besondere Verantwortung und Leistung und durch berufsbedingte Aufwendungen begründet sind.

3.2.5. Öffentlicher Sektor

Aufgabe des öffentlichen Sektors ist es, eine Erhöhung des Lebensstandards - besonders für die sozial Schwächeren - zu garantieren und den negativen Folgen der Marktmechanismen entgegenzuwirken.

Die Sozialisten halten eine weitere Vergrößerung jenes Teils des Sozialproduktes, der durch den Staat und öffentliche Einrichtungen umverteilt wird, nicht grundsätzlich für notwendig. Ein wachsender Staatsanteil kann nicht unabhängig von der Qualität öffentlicher Leistungen und von der Organisationsform des öffentlichen Sektors gefordert werden. Ein Teil der öffentlichen Aufwendungen könnte vermieden werden, würde man durch planende und vorbeugende Maßnahmen das Entstehen kostenverursachender Probleme verhindern.

Die Sozialisten treten deshalb ein:

- Für eine stärkere Beteiligung der unmittelbar Betroffenen an der Planung und Durchführung der politischen Entscheidungen. Bürokratische Lösungen sind oft teuer, nicht bedürfnisgerecht und undemokratisch.
- Für eine umfassende Information über Notwendigkeit und Angebot öffentlicher Einrichtungen.
- Für die Führung öffentlicher Versorgungsunternehmen nach den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Bei der Planung ihrer Leistungen und bei ihrer Preis- und Tarifpolitik sind jedoch die von diesen Betrieben zu erfüllenden gemeinwirtschaftlichen Aufgaben zu berücksichtigen. Nach betrieblichen Kriterien berechnete Defizite sind dann gerechtfertigt, wenn sie in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben begründet sind.
- Für den Abbau der regionalen Ungleichheiten der Lebenschancen durch verstärkten Kosten- und Ertragsausgleich zwischen Regionen und Gemeinden, durch eine bessere Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen unter Berücksichtigung unterschiedlicher regionaler Aufgabenstellungen der Gemeinden.

Dem in der Vergangenheit gewachsenen öffentlichen Sektor entspricht ein gestiegener Anteil von Steuern und Abgaben am Sozialprodukt. Sie müssen nach den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit gestaffelt sein.

Die Sozialisten treten daher ein:

- Für eine Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit bei der Gestaltung der indirekten und direkten Steuern sowie der Sozialbeiträge und Kostenbeteiligungen.
- Für den Abbau ungerechtfertigter steuerlicher Begünstigungen sowie für einfache und transparente Steuergesetze.

3.2.6. Für demokratische Planung und Mitbestimmung

In der sozialen Demokratie ist die Planung getragen vom Ideenreichtum und der Initiative der Menschen. Eine solche Planung verzichtet auf zentralistische Reglementierung, die weder wirksam noch bedarfsgerecht noch human ist. Das Zusammenspiel zwischen privater und gesellschaftlicher Initiative und Leistung, zwischen betriebswirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Rentabilität wird die wirtschaftliche Grundlage der sozialen Demokratie sein. Entscheidungen auf betrieblicher Ebene sollen gesamtgesellschaftliche Ziele berücksichtigen. Wenn dies durch betriebliche Initiativen nicht zustande kommt, soll dies der Einfluss demokratisch kontrollierter Organe des Staates gewährleisten.

Bei der Reform der Gesellschaft nach den Grundsätzen der sozialen Demokratie stehen folgende Planungsaufgaben im Vordergrund:

- Eine langfristige Rahmenplanung, die für den Staat verbindliche Ziele enthält und für die

Unternehmen eine wichtige Orientierung bietet. Ziele und Inhalt der Planung sind in einem demokratischen Prozess zu bestimmen.

- Die Lösung gesellschaftlich wichtiger Anliegen wie die Sicherung der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Energie, der Ausbau des Gesundheits- und Bildungswesens, die Schaffung gleichwertiger Lebens- und Erwerbsbedingungen in allen Siedlungsgebieten.
- Die volle Nutzung wissenschaftlicher Planungsmethoden und der Ausbau geeigneter Planungs- und Forschungsstellen, die allen Betroffenen offenstehen.

Zur Verwirklichung ihrer Mitbestimmungsvorstellungen auf betrieblicher Ebene treten die Sozialisten ein:

- Für die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitenden in wirtschaftlichen Angelegenheiten auf der Ebene der Unternehmen und der Betriebe.
- Für die Einführung der paritätischen Mitbestimmung im Rahmen einer grundlegenden Reform des Gesellschaftsrechts unabhängig von den Eigentumsverhältnissen.
- Für den schrittweisen Abbau des Zusammenhanges zwischen Erfüllung einer leitenden Funktion und der Ausübung persönlicher Macht über andere Beschäftigte.
- Für den Ausschluss von Betrieben, die die Wahl von Betriebsräten behindern oder einschränken, von jeder öffentlichen Förderung.
- Für die unmittelbare Beteiligung der Arbeitnehmer an Entscheidungen, die ihren Arbeitsplatz und die Organisation des Arbeitsprozesses betreffen.
- Für den Zugang jedes Beschäftigten zu allen Informationen, die ihn betreffen.
- Für die Schaffung der bildungsmäßigen, psychologischen und organisatorischen Voraussetzungen der Mitbestimmung.
- Für eine Vielzahl von Experimenten unterschiedlicher Reichweite und Intensität, durch die die Möglichkeiten der Mitbestimmung erprobt und entwickelt werden.

3.2.7. Gemeinwirtschaft

Bei der Verwirklichung der sozialen Demokratie hat der gemeinwirtschaftliche Sektor - die verstaatlichten Unternehmen, die Genossenschaften und die öffentlichen Versorgungsbetriebe - eine gesellschafts- und strukturpolitisch wichtige Aufgabe.

- In gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ist die Zusammenarbeit von Unternehmensleitung und Beschäftigten vorbildlich zu gestalten. Sozialpolitische Experimente sind vorzubereiten und zu erproben.
- Den Versuchen, öffentliche Dienstleistungsbetriebe zu privatisieren, muss entschieden entgegengetreten werden, weil in den Gemeinden eine ausreichende und sozial gerechte Versorgung der Bevölkerung nur durch gemeinwirtschaftliche Unternehmen gewährleistet ist. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen muss letzten Endes wegen des damit verbundenen Gewinninteresses die Gemeindebürger stärker belasten.
- Energieversorgung, Umweltschutz, Forschung und Entwicklung werden der Gemeinwirtschaft in Zukunft neue, große Aufgaben stellen.
- Schaffung neuer und Verbesserung bestehender Gremien, die das gesellschaftliche Interesse wahrzunehmen haben.

3.2.8. Energie

Die moderne Industriegesellschaft ist durch einen wachsenden Energieverbrauch gekennzeichnet. Wichtige Energiequellen wie Kohle, Erdöl und Wasserkraft sind jedoch nur begrenzt vorhanden. Auch in diesem Bereich kann der Marktmechanismus eine rationelle und langfristig orientierte Produktion

und Verteilung nicht gewährleisten, da er nicht zwischen begrenzten und unbegrenzten Energiequellen unterscheidet. Damit wächst auch die Gefahr energiewirtschaftlicher Abhängigkeit vom Ausland. Einmal mehr erweist sich die Notwendigkeit einer planenden Gesellschaft.

Infolge der Begrenztheit an Vorkommen von Energierohstoffen gewinnt die Kernenergie immer größere Bedeutung. Auch in Österreich kann auf eine begrenzte Nutzung der Kernenergie nicht verzichtet werden; ihre Verwendung kann jedoch nur unter außerordentlicher Bedachtnahme auf besondere Sicherheitsbedürfnisse in Betracht kommen. Außerdem ist darauf zu achten, dass die in Zusammenhang mit der Kernenergie erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen nicht zu einer Einschränkung demokratischer Grundrechte führen.

Daher treten die Sozialisten ein:

- Für eine planvolle und überlegte Nutzung der bestehenden Energiequellen.
- Für eine Erhöhung des Nutzungsgrades der Energie, insbesondere durch ein höheres Maß an Wiederverwertung.
- Für eine verstärkte Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Energiegewinnung durch kleinere und dezentralisierte Einrichtungen.
- Für eine systematische Erforschung und Erschließung neuer Energiequellen.
- Für eine vorausschauende Vorgangsweise bei der Nutzung der Kernenergie zum Zwecke der Stromerzeugung, wobei den Fragen der Sicherheit ein besonderer Vorrang eingeräumt werden muss. Künftige Kernkraftwerke dürfen jedenfalls nur unter Berücksichtigung des jeweils neuesten Standes technischer Errungenschaften und unter genauer Prüfung ihrer wirtschaftlichen Notwendigkeit gebaut werden.
- Für eine weltweite Abrüstung als wichtigsten Beitrag zum Schutz vor den Gefahren der Kernenergie sowie als Beitrag zur Eindämmung von Energievergeudung.
- Für eine internationale Kontrolle der Lagerung atomarer Rückstände.
- Für eine langfristige internationale Zusammenarbeit zur Schaffung eines kontinentalen Energieverbundsystems.

3.2.9. Für den Schutz des Konsumenten

Durch den Kampf und die Kraft der Gewerkschaftsbewegung ist den arbeitenden Menschen ein immer höherer Arbeitsertrag errungen worden. Sie können aber durch die auf dem Markt praktizierten Methoden wieder um einen Teil ihres Arbeitsertrages gebracht werden. Diesen Tendenzen hat seinerzeit die Konsumgenossenschaftsbewegung, gegründet auf die Prinzipien der redlichen Pioniere von Rochdale, entgegenzuwirken versucht. Das Vertrauen, das sie heute genießt, wird umso größer sein, je stärker sie die Mitbestimmungsmöglichkeiten ihrer Mitglieder ausbaut. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung der sozialen Demokratie.

Die Sozialisten unterstützen die Bemühungen, die der Organisation von Konsumenten zur Wahrung eigener Interessen dienen. Gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Konsumenten bedürfen zu ihrer Durchsetzung einer aktiven Konsumentenbewegung, die auch deren Einhaltung zu überprüfen und neue Initiativen zu entfalten imstande ist.

Die Sozialisten treten ein:

- Für mehr Recht und Aufklärung für die Konsumenten.
- Für Schutz vor schädlichen Produkten.
- Für die Produktion von Waren, die nicht geplantem raschem Verschleiß unterliegen, sondern den Bedürfnissen der Verbraucher entsprechen.
- Für das Recht auf objektive Information über Preis, Quantität und Qualität und für den Schutz

vor Manipulation durch die Werbung.

- Für ständige Preisüberwachung, wirksame Preisgesetze und Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher vor unangemessenen Preisen.
- Für die Sicherung einer ausreichenden Nahversorgung durch gesetzliche Bestimmungen und gezielte Förderung.

3.2.10. Landwirtschaft

Die Sozialisten sehen in der bäuerlichen Produktions- und Lebensform eine wichtige Grundlage der Gesellschaft. Sie respektieren das bäuerliche Eigentum und treten für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der ländlichen Regionen ein. Im Sinne der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche wollen die Sozialisten auch eine stärkere Selbst- und Mitbestimmung der bäuerlichen Produzenten bei der Marktverwertung ihrer Erzeugnisse sowie bei der am gesellschaftlichen Gesamtinteresse orientierten Agrarplanung. Die Erhaltung der bäuerlichen Produktions- und Lebensform muss der Gesellschaft finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung wert sein, wenn dadurch wichtige Funktionen der Landschaftsbewahrung und der Umweltgestaltung, aber auch der kulturellen Belebung erfüllt werden können.

Deshalb treten die Sozialisten ein:

- Für die Beseitigung nachteiliger Lebensbedingungen der Bevölkerung in den ländlichen Regionen. Insbesondere die Lebenschancen der kleineren Landwirte und Nebenerwerbsbauern sollen gefördert werden.
- Für die Sicherung eines Einkommens für alle in der Landwirtschaft Tätigen, das dem allgemeinen Niveau entspricht.
- Für den Abbau von Einkommensunterschieden durch Zuschüsse der öffentlichen Hand, wenn naturgegebene ungünstige Produktionsbedingungen, etwa bergbäuerlicher Betriebe, den Maschineneinsatz erschweren und diese Betriebe unter verschärftem Konkurrenzdruck stehen.
- Für Einkommensverbesserungen der ländlichen Bevölkerung aus den Erträgen des Fremdenverkehrs.
- Für eine Förderung und Planung der Agrarproduktion, die die Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit hochwertigen Grundnahrungsmitteln weitgehend unabhängig von internationalen Märkten sichert.
- Für Gemeinschaftseinrichtungen, organisierte Nachbarschaftshilfe, arbeitssparende Einrichtungen auch in der Hauswirtschaft und eine gerechte Verteilung der Arbeitsbelastung auf beide Geschlechter, um den Bäuerinnen ihre erdrückende Arbeitslast zu erleichtern. Ein gezieltes Aus- und Weiterbildungsangebot soll ihnen erweiterte Möglichkeiten der freien Entfaltung schaffen.
- Für Erhaltung des bäuerlichen Eigentums und für eine breite Streuung des Eigentums an Grund und Boden. Dazu sind neue Formen überbetrieblicher Zusammenarbeit und gemeinsamer Nutzung der Produktionsmittel notwendig, die dem einzelnen Bauern ein hohes Maß an Mitbestimmung und Eigeninitiative gewähren, ihm arbeitssparende Bewirtschaftungsformen ermöglichen und ihn vor Übervorteilung und Ausnutzung schützen.
- Für die Erhaltung der Waldlandschaft zur Sicherung des Rohstoffes Holz sowie der sozialen Funktionen des Waldes.
- Für den Ausbau und die Stärkung der Kontroll- und Mitwirkungsrechte der bäuerlichen Produzenten in landwirtschaftlichen Genossenschaften und anderen Selbsthilfeeinrichtungen. Vor allem die kleineren und mittleren Landwirte sind von der Machtballung in den landwirtschaftlichen Vereinigungen und den Monopolisierungstendenzen bei Verarbeitung

und Vermarktung agrarischer Produkte ernstlich bedroht.

- Für eine gute Aus- und Weiterbildung aller in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen.

3.3. Für eine humane Umwelt

In ihrem Alltag leiden die Menschen heute unter der starren Trennung zwischen Arbeit und Erholung, Arbeitsplatz und Wohnung, privatem und öffentlichem Leben. Sozialistische Politik muss die Bedürfnisse des Menschen in ihrer Gesamtheit sehen und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Sie muss die Voraussetzungen schaffen für menschengerechtes Wohnen, für Erziehung, für die Versorgung der Alten, für die Lösung der Verkehrsprobleme und für eine humane Umwelt.

Von besonderer Bedeutung sind dabei Kommunalpolitik und Nahbereichsdemokratie. Sie müssen den Alltag lebendig und demokratisch gestalten.

3.3.1. Für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft

Die Sozialisten bekennen sich zur demokratischen, partnerschaftlichen Familie als Form dauernden Zusammenlebens, die bewusst die Erziehung der Kinder als ihre Aufgabe wahrnimmt und den einzelnen Familienmitgliedern Solidarität, Anteilnahme und Schutz bietet. Die Sozialisten anerkennen auch andere positive Formen des menschlichen Zusammenlebens.

Die Familie hat insbesondere den Kindern Geborgenheit und Sicherheit zu gewährleisten. In ihr wird menschliches Verhalten geprägt. Sie wirkt als Brücke zur Gesellschaft. Das Zusammenleben der Menschen in der Familie wird durch die Leistungs- und Konsumgesellschaft bestimmt und ist daher starken Belastungen ausgesetzt. Die Entwicklung der Familie hängt wesentlich von den sozialen und ökonomischen Verhältnissen in der Gesellschaft ab.

Die Sozialisten treten ein:

- Für die Entfaltung der Familie in jeder Lebensphase. Die Voraussetzungen sind durch eine geeignete Wirtschafts-, Wohnungs-, Umwelt-, Gesundheits-, Sozial- und Bildungspolitik zu schaffen. Die Familienpolitik muss bei der Gestaltung positiver Familienbeziehungen helfen und Unterstützung bei Erziehung und Unterhalt der Kinder bieten.
- Für eine kinderfreundliche Gesellschaft, die allen Kindern die volle Entwicklung ihrer Fähigkeiten und damit die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit ermöglicht. Jedes Kind braucht die Zuneigung seiner Eltern und hat ein Recht auf Erziehung ohne körperliche Züchtigung, auf Platz zum Spielen, auf eine menschenwürdige, gesundheitsfördernde Umwelt und auf eine humane Schule.
- Für ein entsprechendes Angebot an erreichbaren Kindergartenplätzen für alle Kinder ab dem 3. Lebensjahr, an Ganztagschulen, an Möglichkeiten der Elternbildung, sowie für eine ausreichende Anzahl von Einrichtungen der Erziehungs- und Familienberatung und der Familienplanung.
- Für den vorrangigen Ausbau der Sachleistungen, die die Familie neben den finanziellen Leistungen ebenfalls von einem Teil der Unterhalts- und Erziehungskosten entlasten. Darüber hinaus werden aber auch in Zukunft Maßnahmen zu setzen sein, die in schwierigen Familiensituationen zusätzlich wirksame Hilfe für die Betroffenen bieten können.
- Für die Anerkennung von Hausarbeit und Kindererziehung als unentbehrliche Leistung für unsere Gesellschaft. Beide Eltern haben gegenüber ihren Kindern gleiche Rechte und Pflichten. Erziehung der Kinder und Haushaltsführung sind Aufgaben und Verpflichtungen von Mann und Frau. Die Verteilung der Aufgaben in der Familie nach partnerschaftlichen Grundsätzen ist ausschließlich persönliche Angelegenheit der Familienmitglieder. Voraussetzung für eine partnerschaftliche Familie ist ein demokratisches Familienbild und die

Erziehung der Jugend zur Partnerschaft.

- Für Maßnahmen, die der Familie helfen, das Spannungsfeld Familie-Berufstätigkeit zu bewältigen und die Mehrfachbelastung berufstätiger Frauen abzubauen, wobei dem Elternteil, der allein Kinder aufzieht, besondere Hilfen anzubieten sind. Die gesellschaftliche Bedeutung der Mutter und des Vaters ist anzuerkennen. Jene Familien, die behinderte und gebrechliche Mitglieder betreuen, sind besonders zu unterstützen.

3.3.2. Wohnen

Alle Menschen haben unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, Anspruch auf eine ihrem Bedarf und dem gesellschaftlichen Entwicklungsstand entsprechende Wohnung.

Die Sozialisten betrachten die Wohnungsversorgung als eine öffentliche Verpflichtung und fordern daher:

- Durch öffentliche Mittel im Rahmen eines differenzierten Förderungssystems soll ein vielfältiges Angebot an qualitativ befriedigenden Wohnungen und Eigenheimen gewährleistet und allen zugänglich gemacht werden.
- Die Wohnungsversorgung der Bevölkerung ist durch Wohnungsneubau, Sanierung und Verbesserung des erhaltungswürdigen Hausbestandes zu sichern.
- Dem kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau kommt besondere Bedeutung zu, was auch bei der Verteilung der Förderungsmittel zu berücksichtigen ist. Durch die Bodenpolitik ist sicherzustellen, dass ausreichend Grund und Boden für den sozialen Wohnbau vorhanden ist.
- Die Ausstattung und anregende Gestaltung der Wohnquartiere mit Naherholungsflächen, mit öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen. Die Aufschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist sicherzustellen. Die Wohnumwelt ist so zu gestalten, dass sie die Kommunikation und Solidarität zwischen den Bewohnern und die sinnvolle Ausnutzung der Freizeit fördert.
- Bei der Gestaltung der Wohnumwelt sollen die Bedürfnisse von Alten, Kindern und behinderten Menschen besonders berücksichtigt werden.
- Altenwohnungen müssen in unmittelbarem Zusammenhang mit anderen Wohnungen im gewohnten Lebensbereich liegen und für die Bewohner leicht erreichbar sein.
- Die Mieter sollen auf die Planung und Verwaltung ihrer Wohnungen und Wohnanlagen sowie auf das Angebot öffentlicher Dienstleistungen, die Gestaltung der Umwelt und die Sanierung im eigenen Wohnviertel wirksam Einfluss nehmen können.
- Ein sozial gerechtes einheitliches Miet- und Wohnungsrecht. Dieses soll zur Erhaltung des Hausbestandes beitragen, die Rechte der Wohnungsbenutzer stärken und sozial gestaffelte Mieten für alle Wohnungen sicherstellen.
- Jede Möglichkeit, mit Wohnungen zu spekulieren, ist zu unterbinden. Die öffentliche Wohnungsvermittlung ist auszubauen, um die private Vermittlung in zunehmendem Maße ersetzen zu können.

3.3.3. Umwelt, Kommunal- und Regionalplanung

Die regionale Ungleichheit zeigt sich im Gegensatz zwischen Ballungsraum und Umland, zwischen Industrie- und Grenzlandgebieten. Die Ursache liegt im Vorherrschen von unkoordiniertem, kurzfristigem Rentabilitätsstreben gegenüber kooperativem und gesamtgesellschaftlichem Planen.

Sozial schwächere Bevölkerungsschichten leiden unter den Beeinträchtigungen räumlicher Ungleichheiten und Umweltbelastungen besonders stark, weil sie sich ihren Folgen nur schwer

entziehen können.

Die Sozialisten treten ein:

- Für eine umfassende Raumplanung, die den schrittweisen Abbau räumlich bedingter Ungleichheiten und die Förderung einer ausgewogenen Entwicklung ermöglicht.
- Für die Verringerung der Umweltbelastungen, die Lösung der Verkehrsprobleme, die Ausweitung der Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten und die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Stadt und Land.
- Für ein ausreichendes Arbeitsplatzangebot und die notwendigen Infrastruktureinrichtungen auch in ländlichen Gebieten. Darüber hinaus sollte die Erholungsfunktion der Landschaft erhalten und die Zersiedlung vermieden werden.
- Für das Zusammenwirken von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden bei der Erarbeitung von umfassenden und vorausschauenden Rahmenplänen. Diese Pläne sollen dezentral und demokratisch verwirklicht werden. Bevölkerungsnahen Entscheidungsstrukturen sind zu entwickeln.
- Für die Festlegung von Zielen der Rahmenplanung, die für die öffentliche Hand verbindlich sind und Privaten als wirksame Entscheidungshilfen dienen. Der Finanzausgleich zwischen Gebietskörperschaften ist auch als Instrument der Regional- und Umweltpolitik einzusetzen. Der Bedarf ist unabhängig von der Finanzkraft der jeweiligen Gebietskörperschaften unter Berücksichtigung ihrer Aufgaben festzulegen.
- Für eine kommunale Strukturverbesserung unter Berücksichtigung lokaler Besonderheiten und unter Einbeziehung der Betroffenen, soweit sie zur Erreichung entsprechend leistungs- und funktionsfähiger Gemeinden erforderlich ist.
- Für die Sicherung und Erweiterung des kommunalpolitischen Handlungsspielraumes durch gesetzliche, wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen.
- Die Verfügung über Grund und Boden muss sich in verstärktem Maße an den Bedürfnissen der Gemeinschaft statt an den wirtschaftlichen Vorteilen einzelner orientieren. Die Sozialisten lehnen jede Spekulation mit Grund und Boden ab. Ungerechtfertigte Gewinne, besonders wenn sie in öffentlichen Planungsentscheidungen ihre Ursache haben, sind abzuschöpfen. Die Instrumente der Bodenreform sind auszubauen, um eine demokratische Kontrolle der Bodennutzung zu erreichen.
- Eine gezielte Umweltpolitik und vorbeugende Umweltplanung sind zum Schutz von Wasser, Luft und Landschaft auf der Basis des Verursacherprinzips notwendig. Gleichzeitig sind Maßnahmen für die Rückführung von verwertbaren Abfallstoffen in den Wirtschaftskreislauf zu setzen.
- Bei der Bewertung von Planungsvorhaben und der Entwicklung neuer Technologien sind neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten auch soziale und ökologische Vor- und Nachteile miteinzubeziehen.
- Neben den erforderlichen Maßnahmen auf nationaler Ebene sind von Österreich auf internationaler Ebene Initiativen zur Kooperation bei der Lösung von Raum-, Umwelt- und Energieproblemen zu setzen.

3.3.4. Verkehr

Die Sozialisten treten für ein Verkehrssystem ein, welches den Lebensbedingungen der Menschen, den Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaft und der geografischen Lage Österreichs in der Mitte Europas gerecht wird.

Verkehrspolitik hat die Aufgabe, für die Überwindung räumlicher Distanzen zu sorgen und so zu

einer ausgeglichenen räumlichen Entwicklung der Lebensbedingungen beizutragen. Die Menschen haben ein Recht darauf, möglichst rasch und gefahrlos zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen, ihre Freizeit optimal nutzen zu können und mit den notwendigen Gütern versorgt zu werden. Dazu gehört auch ein ausreichendes Angebot an Einrichtungen der Nachrichtenvermittlung und die Gewährleistung des Zugangs für jeden einzelnen zu den Kommunikationssystemen.

Da die Marktkräfte eine ausgewogene Entwicklung der einzelnen Verkehrsträger nicht gewährleisten können, ist nationale und internationale Verkehrsplanung erforderlich, die mit der Raumplanung, dem Umweltschutz und der Energiewirtschaft abzustimmen ist.

Die Sozialisten lassen sich bei der Entwicklung der einzelnen Verkehrsträger von folgenden Gesichtspunkten leiten:

- Dem öffentlichen Verkehr ist aufgrund seiner erhöhten Sicherheit, seines geringeren Energieaufwandes und seiner geringen Umweltbelastung gegenüber dem Individualverkehr und aufgrund der Tatsache, dass viele Menschen über kein Auto verfügen, Vorrang einzuräumen.
- Der öffentliche Personennahverkehr ist in all seinen Formen durch Maßnahmen der Verkehrsplanung und Verkehrsorganisation sowie durch verstärkte öffentliche Investitionen zu fördern.
- Eisenbahnen sind nach wie vor das für die Beförderung einer großen Zahl von Menschen und großer Gütermengen unerlässliche Transportmittel. Die Verlagerung des Gütertransportes, vor allem von gefährlichen Gütern im Fernverkehr von der Straße auf die Schiene, ist dringend geboten. Durch Erhöhung der Geschwindigkeit, Verbesserung des Komforts und betriebliche Rationalisierung sollen die Eisenbahnen noch leistungsfähiger und damit attraktiver werden.
- Das Auto kann zweifellos zur besseren Freizeitnutzung und in Gebieten, wo öffentliche Verkehrsmittel nicht zur Verfügung stehen, zur Bewältigung der Berufswege dienen. In Ballungsräumen sind aber verkehrsordnende Maßnahmen zum sinnvollen Einsatz des Autos erforderlich.
- Durch die Schaffung von Fußgängerzonen, Spiel- und Grünstraßen sollen Wohngebiete vom Durchzugsverkehr zunehmend befreit werden.
- Der Straßentransport in Österreich ist durch den Transitverkehr in besonderem Maße belastet. Zudem gehören die Kosten des Straßenbaues in Österreich zu den höchsten Europas. Daraus folgt, dass für die Errichtung des übernationalen Straßennetzes eine internationale Kostenaufteilung notwendig ist. Besonders teure Straßen sollen nur gegen Gebühr benutzt werden können.
- Der Verkehr auf den Wasserwegen ist ein wichtiger Beitrag zur Intensivierung des Warenaustausches in Europa. Ihr weiterer Ausbau ist durch gesamteuropäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Planung, des Baus und der Finanzierung zu sichern. Dabei ist sicherzustellen, dass alle Anrainerstaaten gleichberechtigt mitentscheiden.
- Den Möglichkeiten, mit dem Flugzeug weite räumliche Distanzen zu überwinden, kommt eine immer größere Bedeutung zu. Es müssen alle Voraussetzungen geschaffen werden, dass immer mehr Menschen die Benützung des Flugzeuges, vor allem im Urlaubsverkehr, ermöglicht wird.
- In der Tarifpolitik ist stärker zu berücksichtigen, dass die betriebswirtschaftliche Rentabilität keine ausreichend Orientierungsgröße ist.

3.3.5. Humanisierung der Arbeitswelt

Monotonie und Fremdbestimmtheit in der Arbeitswelt tragen wesentlich zu Apathie und unpolitischem

Verhalten in der Gesellschaft bei. Der einzelne hat das Gefühl, seine Umwelt weder zu durchschauen, noch beeinflussen zu können.

Die Humanisierung der Arbeitswelt ist ein umfassendes gesellschaftspolitisches Anliegen. Sie geht damit weit über arbeitswissenschaftliche Bemühungen um eine Verminderung des Arbeitsleides und um die Anpassung der Arbeit an den Menschen hinaus.

Die Sozialisten treten deshalb ein:

- Für den weiteren Ausbau des vorbeugenden Arbeitsschutzes, die Festsetzung arbeitswissenschaftlicher Normen und die Kontrolle ihrer Einhaltung.
- Für die Zusammenfassung der Arbeitnehmerschutzbehörden für alle in- und ausländischen Arbeitskräfte.
- Für neue Arbeitsformen, die ein hohes Maß an Selbstbestimmung der arbeitenden Menschen ermöglichen. Sozialistische Politik soll eine menschengerechte und menschenwürdige Arbeitswelt auch dort verwirklichen wo dies keinen Produktionsfortschritt bringt.
- Für die Überwindung des kapitalistischen Leistungsbegriffes durch eine neue "Wertigkeit der Arbeit", die diese als einen Teil der Selbstverwirklichung der Menschen ansieht. Für die Entwicklung und den Einsatz von Technologien, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an Profitinteressen orientieren.
- Für den weitgehenden Abbau von Fließband-, Akkord- und Nachtarbeit.
- Für eine Produktion, in der jeder Arbeitnehmer an der Gestaltung seines Arbeitsplatzes teilnehmen kann. Voraussetzung dafür ist die Verringerung der Arbeitsteilung und der Abbau der hierarchischen Entscheidungsstrukturen.

3.4. Für mehr soziale Sicherheit und Volksgesundheit

Sozialpolitik beschränkte sich in der Vergangenheit allzu sehr darauf die Schäden zu beheben, die die Menschen im kapitalistischen Wirtschaftssystem erlitten haben. Sozialpolitik, die über den Wohlfahrtsstaat hinausweist, muss ihr Ziel in der Vermeidung dieser Schäden und in der Beseitigung ihrer Ursachen sehen.

Nur ein umfassendes System der sozialen Sicherheit kann den arbeitenden Menschen hinreichende Vorsorge für die Wechselfälle des Lebens bieten. Die private Vorsorge kann dazu nur in einem geringen Ausmaß ergänzende Beiträge leisten.

3.4.1. Ausbau der sozialen Rechte

Voraussetzung für eine wirksame Sozialpolitik ist der Ausbau der sozialen Rechte.

Die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit ist die entscheidende Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Für die Sozialisten steht daher die Durchsetzung dieses sozialen Grundrechtes ohne Unterschied des Geschlechts, des Standes, der Religion oder der Rasse im Mittelpunkt ihrer Bemühungen.

Deshalb treten die Sozialisten ein:

- Für eine Zusammenfassung und Weiterentwicklung des Arbeitsrechts. Dabei ist eine möglichst große Übersichtlichkeit und Einheitlichkeit anzustreben und die Stellung der Arbeitnehmer als schwächerer Vertragspartner zu stärken.
- Für die Gewährleistung eines uneingeschränkten Koalitions- und Streikrechtes.
- Für gezielte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die das enge Feld der derzeitigen Berufsmöglichkeiten der Frauen erweitern. Die Chancengleichheit der Frau in der Arbeitswelt muss auch durch die Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt verwirklicht werden. Der

Grundsatz gleichen Lohnes für gleichwertige Arbeit und gleicher Arbeitsplatzsicherung ist auch bei wirtschaftlichen Rückschlägen unbedingt zu beachten.

- Für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, die regionale Ungleichheiten ausgleichen und auf die besonderen Probleme der Frauen, Jugendlichen, Behinderten und älteren Arbeitskräfte Rücksicht nehmen.
- Für wirksame Maßnahmen zur Rehabilitation und zur beruflichen Wiedereingliederung. Geschützte Arbeitsplätze sind in allen Bereichen zu schaffen und die Umgehung der Anstellung von Behinderten durch das bloße Entrichten einer Abgabe ist zu unterbinden.
- Für Angebote zur beruflichen Umschulung und Fortbildung, die die Anpassung an wechselnde Beschäftigungsmöglichkeiten erleichtern. Ein wesentlicher Teil künftiger Arbeitszeitverkürzungen sollte in bezahlte Freizeit für weitere Ausbildung umgesetzt werden.
- Für Arbeitszeitverkürzungen, die aber nicht zu einer Verstärkung des Leistungsdruckes führen dürfen. Anstelle einer weiteren Verkürzung der Arbeitswoche sollte eher die tägliche Arbeitszeit verkürzt, der Urlaub verlängert oder die Lebensarbeitszeit herabgesetzt werden.

3.4.2. Soziale Sicherheit

Das System der sozialen Sicherheit muss so ausgebaut werden, dass jedem Österreicher die Freiheit von Not sowie seine Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben garantiert ist.

Deshalb treten die Sozialisten ein:

- Für eine gerechtere Finanzierung des Systems der sozialen Sicherheit, nach den finanziellen Möglichkeiten aller gesellschaftlichen Gruppen.
- Für die Zusammenfassung und Verwaltungsvereinfachung der verschiedenen Sozialversicherungsträger und die Vereinheitlichung der Bedingungen für die Versicherten.
- Für die Schaffung regional gestreuter Sozialzentren, die Beratungs-, Betreuungs- und Hilfsdienste ohne Rücksicht auf die konkrete Zuständigkeit anbieten. Sie müssen auf die Bedürfnisse der Menschen, vor allem älterer und behinderter, abgestellt sein. Die Beratungsdienste müssen zu den Menschen kommen, da sie sonst nicht in Anspruch genommen werden. Für ausreichende und geeignete Information über diese Dienste und alle Sozialleistungen ist zu sorgen.

3.4.3 Für die Weiterentwicklung der Gesundheitspolitik

Die Sozialisten wollen gesellschaftliche Verhältnisse schaffen, die jedem Menschen Gesundheit - körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden - erreichbar machen. Gesundheitsstörungen gehen fast ausschließlich von der Arbeitswelt, der Umwelt, der Ernährung, dem Verkehrssystem, den persönlichen und gesellschaftlichen Konfliktsituationen und von falschen Lebensgewohnheiten aus - alles Faktoren, die von der kapitalistischen Wirtschaftsweise begünstigt werden. Das derzeitige Gesundheitssystem ist hingegen einseitig auf die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit ausgerichtet. Eine erfolgreiche Gesundheitspolitik muss schon bei der Bekämpfung der Krankheitsursachen ansetzen, sie muss die Lebens- und insbesondere die Arbeitsbedingungen beeinflussen.

Deshalb treten die Sozialisten ein:

- Für eine verstärkte Forschung auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialmedizin und der Psychosomatik, die gleichrangig neben die traditionelle, vorwiegend naturwissenschaftlich ausgerichtete Schulmedizin tritt. Auch die Ausbildung der Ärzte und des medizinischen Personals muss dieser Neuorientierung entsprechen.
- Für die Erstellung eines ganz Österreich und alle medizinischen Fachsparten umfassenden Gesundheitsplanes, der die lückenlose gesundheitliche Betreuung der gesamten Bevölkerung

ermöglicht. Dabei ist der praktische Arzt in seiner zentralen Funktion für das Gesundheitswesen zu berücksichtigen.

- Für ein Honorierungssystem, das weniger die Anzahl der Patienten als vielmehr die Intensität der ärztlichen Leistung berücksichtigt.
- Für die Ausweitung der zu eng begrenzten Liste von Berufskrankheiten auf andere nachweisbar berufsbedingte Krankheiten.
- Für die Demokratisierung des Sozial- und Gesundheitswesens. Die Rechte der Patienten und Klienten sind zu stärken. Maßnahmen müssen den Betroffenen erklärt und einsichtig gemacht werden. Eine von der Führung der Krankenanstalten unabhängige Beschwerde- und Beratungsstelle ist einzurichten, die berechtigt ist, den Patienten gegenüber der Krankenanstalt zu vertreten. Notwendige Einrichtungen für alternative Formen der Betreuung sind zur Verfügung zu stellen.
- Für den weiteren Ausbau des Betriebsärztesystems. Der Betriebsarzt muss unabhängig von der Betriebsführung sein.
- Für den verstärkten Ausbau von Ambulatorien und Ambulanzen, Gemeinschaftspraxen und Apparategemeinschaften.
- Für eine verstärkte Aufklärung der Bevölkerung über die Möglichkeiten der Heilung psychischer und psychosomatischer Krankheiten, um einen Abbau bestehender Vorurteile zu erreichen. Neue Formen von psychiatrischer Versorgung, die es den Patienten leichter ermöglichen, sich einer erfolgreichen Behandlung zu unterziehen, sind zu schaffen.
- Für ein Verbot der Nutzung öffentlicher Gesundheitseinrichtungen für private Einkommenszwecke.
- Für die intensive Mitarbeit des nichtmedizinischen Personals im ambulanten und stationären Gesundheitssystem.
- Für die Finanzierung der Krankenanstalten, einschließlich der Investitionen durch einen Krankenhausfonds, in dem insbesondere der Bund, die Rechtsträger der Krankenanstalten, wie auch die Sozialversicherungsträger vertreten sind, um die steigenden Kosten in den Griff zu bekommen und einen möglichst rationellen Einsatz der finanziellen Mittel zu gewährleisten.
- Für die Ausarbeitung eines österreichischen Rehabilitationsplanes zur Verbesserung, Erweiterung und Koordinierung der Rehabilitationseinrichtungen unter Mitwirkung der davon betroffenen Körperschaften. Alle diese Einrichtungen, insbesondere auch jene der Unfallversicherungsträger, sollen ohne Rücksicht auf die Ursache der Krankheit, das Alter, die berufliche Tätigkeit oder das Vorhandensein eines Versicherungsschutzes zur Verfügung stehen.
- Für eine ausreichende Zahl regional gegliederter Gesundheits- und Sozialsprengel zur Sicherstellung einer möglichst leichten Erreichbarkeit der Gesundheits- und Sozialdienste.
- Für umfassende Aufklärung und Erziehung, die eine gesundheitsbewusste Lebensweise fördern. Ausreichende Information über gesunde Ernährung und Freizeitgestaltung ist anzubieten und auf die Schädlichkeit von Alkohol und Nikotin, auf die Folgen des Gebrauches von Suchtgiften und der missbräuchlichen Verwendung von Medikamenten ist hinzuweisen.
- Für eine stärkere Kontrolle der pharmazeutischen Industrie.
- Für wirkungsvolle Früherkennungs-, Vorbeugungs- und Therapieprogramme.

3.5. Für eine umfassende Kulturpolitik

Die Sozialdemokratie ist eine Kulturbewegung, die durch den Aufbau einer sozialen, gerechten

Gesellschaftsordnung die Entfremdung des Menschen in allen Lebensbereichen überwinden und seine Entfaltung fördern will.

Kultur umfasst alle schöpferischen Äußerungen des Menschen, vom Alltagsverhalten bis zu den Spitzenleistungen in Wissenschaft und Kunst.

Wir Sozialisten streben eine Kultur an:

- an der alle Menschen nach ihren Neigungen und Fähigkeiten voll teilnehmen können,
- die den Menschen in allen Lebensphasen die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung gewährt,
- die zur Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge, zur Mitgestaltung der eigenen Lebensbedingungen, zur Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft und zu höherwertigen Formen des Zusammenlebens führt.

Die kapitalistische Ordnung hat zu einer starken Differenzierung der Gesellschaft nach Konsumpotential und Bildung, aber gleichzeitig auch zu einer Nivellierung und Verarmung der kulturellen Bedürfnisse sowie zu einer Uniformität und Kommerzialisierung des Kulturverhaltens geführt.

Die Sozialisten treten daher gegen eine Entwicklung ein,

- die die Menschen den Profitinteressen unterwirft und ihr Kulturverhalten manipuliert,
- die die Beziehung zu Sachen über die Beziehung zu Menschen stellt,
- die die Menschen mit Illusionen verführt oder belügt,
- die unsere Gesamtkultur einerseits in Luxus- und Trivialkultur zersplittert, andererseits aber durch die Kulturindustrie eibnet,
- die die Menschen zu Passivität und Oberflächlichkeit verleitet.

In der sozialen Demokratie wird durch die Gleichheit der Bildungschancen und durch Erweiterung der Entfaltungsmöglichkeiten eine Vielfalt kultureller Ausdrucksformen entstehen. Eine Voraussetzung für den kulturellen Aufstieg ist eine sozialistische Bildungspolitik. Ihre Grundsätze sind:

- Erziehung der Menschen zu solidarischem Verhalten und sozialem Engagement.
- Verwirklichung der Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit im Bildungswesen für Menschen aller sozialen Schichten; das gleiche Recht auf Bildung darf nicht durch unterschiedliche Einkommensverhältnisse und durch regionale Benachteiligungen in Frage gestellt sein.
- Gemeinsame Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen aus allen sozialen Schichten.
- Allgemeinbildung und Berufsbildung müssen sinnvoll aufeinander bezogen werden.
- Gleichwertigkeit körperlicher und geistiger Arbeit.
- Die besondere Förderung aller im Bildungsprozess Benachteiligten.

Die Sozialisten wollen den Menschen nicht nur den Wert der sinnvoll genutzten Freizeit für ihre freie und chancengerechte persönliche Entfaltung bewusst machen, sondern auch die Einsicht vermitteln, dass ein sinnvolles Freizeitangebot eine soziale Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber dem einzelnen, ein sinnvoller Freizeitgebrauch aber auch eine soziale Verpflichtung des einzelnen gegenüber der Gesellschaft darstellt.

3.5.1. Schule

Die Verwirklichung unserer bildungspolitischen Grundsätze erfordert eine Veränderung des bestehenden Bildungssystems; die Sozialisten treten daher für eine Schulreform als permanenten

Prozess mit folgenden Schwerpunkten ein:

- Ausbau vorschulischer Bildungseinrichtungen, um soziale Benachteiligungen beim Schuleintritt zu verhindern.
- Entwicklung verschiedener Formen der Ganztagschule als Ergänzung und Erweiterung der bestehenden Schulorganisation.
- Verwirklichung der gemeinsamen Schule aller Zehn- bis Vierzehnjährigen; diese Gesamtschule hebt durch die Organisation des Unterrichts und durch ein großes Angebot an Förderungseinrichtungen das Bildungsniveau und kann den Begabungen des einzelnen Schülers stärker Rechnung tragen.
- Schrittweise Herabsetzung der Schülerzahlen in den Klassen, um im Unterricht auf die Persönlichkeit des Schülers besser eingehen zu können.
- Stärkere Rücksichtnahme der Schule auf das Leben und die gesellschaftliche Wirklichkeit.
- Gleichwertige Berücksichtigung der musischen und der körperlichen Bildung neben anderen Bildungsinhalten.
- Reform der Bildungsinhalte, wobei die einzelnen Unterrichtsfächer zu größeren Unterrichtsfeldern zusammenzulegen sind.
- Gleiche Ausbildung für Mädchen und Buben. Die eng begrenzten Berufsmöglichkeiten für Mädchen sollen durch gezielte Förderung ausgeweitet werden.
- Volle Integration der Berufsausbildung in das gesamte Ausbildungssystem, wobei berufliche Qualifikationen entsprechend anzurechnen sind.
- Jugendliche ohne Lehrausbildung sind in einen weiterführenden schulischen Bildungsgang einzubeziehen.
- Abbau punktueller Leistungsbeurteilungen und Entwicklung von Lehr- und Lernformen, die die Schüler zur selbsttätigen Organisation ihrer Arbeit und zur Entwicklung solidarischer Beziehungen befähigen.
- Verstärkte Teilnahme der Schüler, Eltern und Lehrer an allen sie betreffenden Entscheidungsprozessen.
- Praxisbezogene und gleichwertige Aus- und Weiterbildung aller Lehrer und Erzieher.

3.5.2. Erwachsenenbildung

Die Erwachsenenbildung hat als lebensbegleitende Bildung die Aufgabe, den Menschen zu helfen, ihren gesellschaftlichen Standort zu bestimmen und sie bei der Suche nach neuen Lebensinhalten, Zielen und Aufgaben zu unterstützen. Sie muss Teil eines Gesamtbildungsprogrammes sein.

Daher treten die Sozialisten ein:

- Für eine Organisation der Erwachsenenbildung, die sich an den gesellschaftlichen Problemen sowie an den konkreten Bildungsbedürfnissen der verschiedenen Gruppen der Bevölkerung orientiert.
- Für eine besondere Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse bildungsmäßig benachteiligter Gruppen.
- Für eine verstärkte Ausrichtung der Erwachsenenbildungsorganisationen auf die Bedürfnisse der Frauen, um diesen eine gleichberechtigte Teilnahme am Bildungsangebot zu sichern.
- Für eine systematische Einbeziehung der Medien in das Programmangebot.
- Für einen regional und sozial gerechten Zugang zu allen Bildungseinrichtungen; in einem Bildungsstättenplan soll die Errichtung von Kultur- und Bildungszentren vorgesehen werden.
- Für eine besondere Förderung der Volksbüchereien.
- Für eine gesetzliche Bildungsfreistellung.

- Für die Unterstützung spontaner Initiativen neben den institutionalisierten Formen der Erwachsenenbildung.
- Für einen Strukturplan der Erwachsenenbildung, der ein ausreichendes Bildungsangebot ermöglicht und die dazu notwendigen organisatorischen, personellen, finanziellen und didaktischen Voraussetzungen feststellen soll.
- Für eine verstärkte Förderung der Weiterbildung der Erwachsenen. Eine ausreichende Finanzierung durch Bund, Länder und Gemeinden soll den weiteren Ausbau der Erwachsenenbildung gewährleisten.

3.5.3. Wissenschaft und Hochschule

Die Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung können immer mehr zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen beitragen und neue Perspektiven für die gesellschaftliche Entwicklung aufzeigen. Forschung ist ein wichtiger Teil gesellschaftlicher Reformbestrebungen. Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung sind Investitionen für die Zukunft und können einen wesentlichen Beitrag zur Lösung sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Probleme leisten. Wissenschaft und Forschung müssen Sache des ganzen Volkes sein.

Universitäten und Hochschulen sollen die wichtigsten Stätten der wissenschaftlichen Lehre und bedeutende Zentren wissenschaftlicher Forschung sein. Die Ausbildung von wissenschaftlich qualifizierten Menschen, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind, ist eine legitime Forderung der Gesellschaft an die Universitäten und Hochschulen. Aus diesem Grund müssen die Universitäten und Hochschulen als Gemeinschaft aller im Wissenschaftsprozess Lehrenden und Lernenden demokratisch gestaltet sein. Wissenschaftler, Forscher und Hochschullehrer müssen zur Vermittlung von Toleranz, geistiger Offenheit und sozialem Engagement beitragen. Sie sollen ihre Kenntnisse in den Dienst der humanen und demokratischen Entwicklung unserer Gesellschaft stellen und negative Auswirkungen eines ungezügelt technischen Fortschrittes vermeiden helfen.

Daher fordern die Sozialisten:

- Die Verwirklichung gleicher Chancen für alle Bevölkerungsgruppen im Zugang zum Hochschulstudium. Sie lehnen daher jede Form des Numerus Clausus ab.
- Unterstützung und Förderung für alle Bildungswilligen und Begabten; Bildungs- und Studienberatung haben hierbei wichtige Aufgaben.
- Die umfassende Sicherung der Freiheit der Wissenschaft und der Forschung.
- Die vollständige Verwirklichung des Grundsatzes der Offenheit für eine Vielfalt der Lehrmeinungen.
- Die Verbesserung der Qualität des Studienangebotes, einen stärkeren Praxisbezug der Lehre, eine intensiviertere Zusammenarbeit der Einzeldisziplinen und eine stärkere soziale Verantwortung der Hochschullehrer.
- Die ständige Reform der Organisation und der Studieninhalte der Universitäten und Hochschulen.
- Eine ihrer Bedeutung entsprechende Berücksichtigung der Gesellschaftswissenschaften, einschließlich der sozialistischen Theorie.
- Die besondere Förderung von Forschungsvorhaben, die zur Humanisierung der Arbeitswelt beitragen.
- Die demokratische Öffnung der Forschungsförderungseinrichtungen und die Mitbeteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen an forschungspolitischen Entscheidungen.
- Eine Erweiterung der Forschungskapazitäten unter Einschluss des Ausbaues nichtuniversitärer Einrichtungen für Forschung und Lehre.

- Die Erfüllung der Aufgabe, die Wissenschaft dem gesamten Volk zugänglich zu machen und zur lebenslangen Weiterbildung nach dem letzten Stand der Wissenschaft beizutragen.

3.5.4. Kunst

Kunst leistet einen wichtigen Beitrag zur Humanisierung der Gesellschaft. Sie bewirkt durch lebens- und gesellschaftsbezogene Inhalte gefühlsmäßige Betroffenheit und geistige Offenheit und kann Erlebnisse gemeinschaftsbezogenen Verhaltens vermitteln. Kunst kann sich aber nur in Freiheit entfalten.

Wir Sozialisten wollen der Kunst Entfaltungschancen sichern, aber keine bestimmten Kunstrichtungen oder Kunstformen privilegieren.

Die schöpferische Betätigung soll alle Menschen befähigen, ihre Lebensbedürfnisse und Sehnsüchte selbst auszudrücken. Sie soll sich vor allem auf bisher oft unterdrückte Bedürfnisse wie menschliche Wärme, Spontaneität und Kritikfähigkeit sowie auf solche Menschen beziehen, die bisher zu wenig Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit hatten.

Die schöpferische Aktivierung der Menschen ist am ehesten in ihren unmittelbaren Lebensbereichen möglich. Dazu zählt neben dem Arbeitsplatz vor allem der Wohnbereich. Dieser ist für die Menschen überschaubar und daher für die Entwicklung von Kommunikation besonders geeignet. Funktionierende Kommunikation ist eine wesentliche Voraussetzung, um schöpferische Kräfte des einzelnen wirksam werden zu lassen.

Die Massenmedien haben die Verpflichtung, eine demokratische Kommunikation zu fördern, die die schöpferischen Kräfte der Menschen stärker aktiviert.

Daher fordern die Sozialisten:

- Die Sicherung der Freiheit der Kunst und der Vielfalt künstlerischer Betätigung.
- Die großzügige und vorurteilsfreie Förderung der Kunst im Bereich des Schaffens, des Vermittelns und der Anteilnahme.
- Besondere Förderung kultureller Minderheiten und junger Künstler.
- Ermutigung einer zeitgemäßen Volkskultur.
- Bewahrung der kulturellen Werte der Vergangenheit; die Kulturtradition muss durch ständige kritische Auseinandersetzungen lebendig gehalten werden. Dies ist für eine kulturelle Weiterentwicklung und die schöpferische Neugestaltung unerlässlich.
- Abbau des bestehenden Übergewichtes konservierend-reproduzierender und musealer Kunst zugunsten einer in den Alltag und in alle Bevölkerungsgruppen wirkenden Kunst.
- Erziehung zur Toleranz für die Auseinandersetzung mit radikalen Inhalten und neuen Formen der Kunst.

3.5.5. Sport

Wir Sozialisten sehen im Sport einen wichtigen Bereich des Lebens und eine wertvolle Form menschlicher Selbstentfaltung. In unserer hochtechnisierten Arbeitswelt kommt ihm für die Erhaltung und Förderung der Gesundheit große Bedeutung zu. Das Erleben von Gemeinschaft sowie die Einsicht in den Wert von zweckfreiem Streben nach Leistung unter Beachtung von Fairness und Toleranz sind wesentliche Elemente der Persönlichkeitsbildung.

Daher treten die Sozialisten ein:

- Für regelmäßige aktive, dem Lebensalter und den Lebensumständen angemessene sportliche Betätigung aller Menschen.

- Für die großzügige Förderung der Sportvereine und Sportverbände als wesentliche Träger sportlicher Aktivitäten.
- Für eine besondere Förderung jener Menschen, die aus Altersgründen oder wegen ihrer körperlichen Versehrtheit weniger Möglichkeiten zu sportlicher Betätigung haben.
- Für die Entwicklung eines gemeinschafts- und gesundheitsfördernden Breitensports, der unabhängig vom Leistungssport Freude und spielerische Betätigung vermittelt.
- Für die Anerkennung und Förderung des Leistungs- und Spitzensportes, wobei sichergestellt werden muss, dass gerade diese Formen des Sports vor Auswüchsen bewahrt werden und die Sportler nicht unter Missachtung ihrer Menschenwürde zur Handelsware und zum Gegenstand kommerzieller Ausbeutung erniedrigt werden.
- Für die verstärkte Errichtung, Erhaltung und den Betrieb von Sportanlagen. Der vielseitig verwendbaren, gemeinschaftsfördernden Anlage ist Vorrang einzuräumen. Eine sorgfältig geplante regionale Streuung hat sicherzustellen, dass möglichst vielen Menschen die Ausübung von Sport ermöglicht wird; diese Zielsetzung soll durch einen wirkungsvollen Betriebssport ergänzt werden.
- Für eine intensive und sorgfältige Bildung und Weiterbildung von Sportlehrern und Trainern aller Kategorien.

3.6. Österreich in der internationalen Gemeinschaft

Mit der Arbeiterbewegung ist die Idee der Internationale geboren worden: der Gedanke der Völkerverbrüderung und der Völkergemeinschaft. Der Aufstieg und die politische Emanzipation der Arbeiterklasse jedes Landes war und ist vom Aufstieg der Arbeiterklassen in den anderen Ländern abhängig.

Heute genießt nur ein Teil der Menschheit Wohlstand und soziale Sicherheit. Armut und Hunger sind Geißeln für die Menschen in den Ländern der Dritten Welt. Sie konnten zwar die politische Unabhängigkeit erkämpfen, werden jedoch durch die ungerechte Weltwirtschaftsordnung, durch die Interventionen von Supermächten und Monopolkonzernen, manchmal aber auch durch korrupte Regierungen, die nicht die Interessen ihrer Völker vertreten, an einer ihren Bedürfnissen und Traditionen entsprechenden Entwicklung gehindert.

In unserer Welt sind die Beziehungen zwischen den Völkern durch mitleidlose Konkurrenz, neo-imperialistische Machtansprüche und nationalistisches Denken geprägt. Ein schrankenloser Rüstungswettlauf hat dazu geführt, dass kriegerische Auseinandersetzungen heute stets die reale Gefahr der Vernichtung der Menschheit in sich bergen. Durch die immer stärker international operierenden Konzerne werden wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten und politische Handlungsfreiheit vieler Staaten immer mehr eingeschränkt; dieser Bedrohung durch die Internationalisierung des Kapitals stehen Regierungen, sozialistische Parteien und Gewerkschaften gegenüber, die weitgehend nur im nationalen Rahmen tätig sein können. Die Abhängigkeit von Machtblöcken hindert viele Staaten, eine Politik durchzusetzen, die den Interessen ihrer Bevölkerung entspricht.

Diesen negativen Tendenzen und Gefahren steht die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit und Frieden gegenüber. Wird diese Sehnsucht erfüllt, werden Diktaturen zerbrechen, nationale Rivalitäten ihre Bedeutung verlieren, Spannungsherde durch neue Formen der internationalen Zusammenarbeit entschärft werden, die Stimme der Schwachen und Unterdrückten auf der internationalen Ebene Beachtung finden.

Die Verwirklichung der Idee der internationalen Solidarität ist in unserer Zeit Voraussetzung für das Überleben der Menschheit. Der Friede in der Welt setzt soziale und ökonomische Gerechtigkeit für

alle Menschen voraus.

3.6.1. Zur internationalen Lage

Ein Zeichen für die Stärke sozialdemokratischer Ideen kann in dem Umstand gesehen werden, dass immer mehr kommunistische Parteien Europas sich in den letzten Jahren zu demokratischen Grundsätzen bekennen und sich gleichzeitig dem Einfluss des zentralistischen Dogmatismus zu entziehen trachten.

In Anbetracht der vielen Wandlungen, die es in der Geschichte des Weltkommunismus schon bisher gegeben hat, werden wir Sozialdemokraten diese Entwicklung mit kritischer Sorgfalt beobachten und auf ihre Ernsthaftigkeit prüfen. Sollte es sich in der Tat um einen echten, tiefgreifenden Gesinnungswandel handeln, so ergeben sich neue Perspektiven für die Entwicklung der Demokratie.

In den von den Kommunisten regierten Staaten ist es zur Heranbildung eines alle Teile der Gesellschaft durchdringenden, bürokratisch-zentralistischen Herrschaftsapparates gekommen. Die Versuche in einigen kommunistischen Ländern, neue freiere Gesellschaftsstrukturen zu schaffen, sind durch militärische Interventionen von außen zum Scheitern gebracht worden. Wir demokratischen Sozialisten sind der Auffassung, dass die Veränderung der Machtverhältnisse in den kommunistischen Staaten vor allem Sache der in diesen Staaten lebenden Menschen sein muss. Niemand kann den Völkern Osteuropas die Aufgabe ihrer eigenen Befreiung abnehmen. Aber gleichzeitig wissen wir, wie sehr es darauf ankommt, dass es innerhalb der Sowjetunion als der zentralen Macht dieses Blockes zu einem Prozess der Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens kommt. Für die Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung spricht der Umstand, dass sich die kommunistisch regierten Staaten durch einen Prozess der ursprünglichen Akkumulation allmählich aus Agrarstaaten in Industriestaaten verwandeln, wodurch die wirtschaftlichen Voraussetzungen für derartige Bewusstseinsveränderungen heranreifen.

Deshalb werden wir überall dort, wo im Rahmen kommunistischer Parteien oder Staaten demokratische Regungen erkennbar werden, diese Tendenzen unterstützen.

Ein fortschreitender Entspannungsprozess in der Weltpolitik, eine Entwicklung in Richtung auf die soziale Demokratie in den Ländern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und ein Prozess der Demokratisierung in den kommunistischen Staaten können zu einer Reduzierung der Bedeutung der militärischen Blöcke in der Welt führen und die Voraussetzungen für die Sicherung des Weltfriedens schaffen.

Weltweit müssen jene Gründe beseitigt werden, die zur Entstehung von Kriegen und Spannungsherden führen. Insbesondere im Mittleren Osten muss eine Friedenslösung unter Beachtung des Grundsatzes der Anerkennung des Rechtes der Völker auf Freiheit und territoriale Existenz gefunden werden. Kein Volk darf die Unterstützung demokratischer Sozialisten erwarten, wenn es die Rechte eines anderen Volkes missachtet. Die Sozialisten erblicken im friedlichen Nebeneinander Israels mit den arabischen Staaten eine Gewähr dafür, dass auch dieser Teil unserer Welt zu einer Region des Friedens und des Fortschritts wird. Dieser Friedenszustand kann aber nur erreicht werden, wenn auch für das palästinensische Volk eine nationale Heimstatt geschaffen wird.

Die sozialistische Partei unterstützt alle Bewegungen, die sich die Überwindung des Unrechtszustandes der Rassendiskriminierung zum Ziele setzen. Ebenso fördern die Sozialisten alle Bestrebungen zur Erleichterung des Schicksals der politisch Verfolgten in allen Ländern, in denen die Menschenrechte verletzt und missachtet werden.

In den großen Auseinandersetzungen, die vor unseren Augen in der Dritten Welt stattfinden, ergreifen die österreichischen Sozialisten immer und überall die Partei der Armen, Ausgebeuteten und

Rechtlosen. Sie unterstützen den Kampf der Industriearbeiter, des Landproletariats und der armen Bauern und aller, die um Freiheit und soziale Gerechtigkeit kämpfen. Sie solidarisieren sich mit in den Ländern der Dritten Welt entstehenden Befreiungsbewegungen, den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften, die von den Herrschenden unterdrückt, verfolgt und in die Illegalität gezwungen werden. Die Unterstützung dieser Emanzipationsbestrebungen in den Ländern der Dritten Welt ist untrennbar verbunden mit dem Kampf um eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung und gehört ebenso zu den Grundsätzen unserer Bewegung wie eine Verwirklichung der sozialen Demokratie in Österreich.

3.6.2. Österreichs internationale Politik

Die Sozialisten bekennen sich zur immerwährenden Neutralität Österreichs als vom österreichischen Volk aus freien Stücken gewählten Grundlage seiner Unabhängigkeit und Souveränität. Die immerwährende Neutralität bedeutet, dass unser Land allen Bündnissen militärischen Charakters fernbleibt. Wir Sozialisten verstehen die Neutralität aber auch als Verpflichtung zu einer aktiven Rolle in der internationalen Politik im Rahmen unserer Möglichkeiten. Sie erlaubt es, ohne Rücksicht auf militärische Lager in internationalen Organisationen für Freiheit, Frieden und Solidarität einzutreten.

Die Sozialisten sind überzeugt, dass der Weltfrieden nur dann gewährleistet werden kann, wenn die Gründe beseitigt werden, die zur Entstehung von Konflikten führen: die extreme ökonomische Ungleichheit zwischen den Völkern, militaristische Tendenzen, die Macht der Rüstungsindustrie.

Auch die internationale Politik muss sich auf die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung stützen, weshalb die Sozialisten die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften anstreben, die im gleichen Maße die Politik der Unabhängigkeit und der Neutralität unterstützen. Die österreichischen Sozialisten werden darum bemüht sein, dass sich stärker als bisher im österreichischen Volk die Erkenntnis durchsetzt, dass seine Zukunft wesentlich durch internationale Entscheidungen und Strukturen beeinflusst wird.

In diesem Sinne treten die Sozialisten ein:

- Für eine verstärkte österreichische Entwicklungshilfe.
- Für eine neue, gerechte Weltwirtschaftsordnung, durch die den Entwicklungsländern die Überwindung von Not und eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die ihren Bedürfnissen und Traditionen entspricht, möglich wird.
- Für einen weltweiten Plan der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, eine Verstärkung der Entwicklungshilfe und für die Unterstützung von Hilfsprogrammen für die Entwicklungsländer, die auf der Grundlage demokratischer Absprache in internationalen Organisationen und regionaler Entwicklungspläne erstellt werden, und möglichst direkt zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen in den Ländern der Dritten Welt beitragen.
- Für die Unterstützung der politischen Befreiungsbewegungen, die in den Ländern der Dritten Welt gegen Kolonialismus alter und neuer Prägung kämpfen und sich nicht für machtpolitische Zwecke missbrauchen lassen.
- Für eine weitere Verstärkung der Mitarbeit Österreichs in internationalen Organisationen.
- Für die Unterstützung aller Initiativen für Abrüstung und die Ächtung der Massenvernichtungsmittel, die den Bestand der Menschheit bedrohen.
- Für internationale und nationale Initiativen auf staatlicher und gewerkschaftlicher Ebene, die die Kontrolle international operierender Monopolverbände und multinationaler Konzerne ermöglichen.
- Für eine aktive Mitwirkung Österreichs an den europäischen Einigungsbestrebungen; die

Sozialisten treten in diesem Zusammenhang für eine alle demokratischen Staaten Europas umfassende Konföderation souveräner Länder - unter Bedachtnahme auf deren völkerrechtliche Verpflichtungen - ein.

- Für die Unterstützung der Tätigkeit des Europarates, der fast alle parlamentarischen Demokratien Europas umfasst und den weitesten Rahmen der europäischen Einigungsbestrebungen darstellt.
- Für die Ausschöpfung aller Möglichkeiten des Freihandelsvertrages mit der EWG unter Beachtung aller sich aus der immerwährenden Neutralität Österreichs ergebenden Verpflichtungen.
- Für eine bessere Information der Bevölkerung über die internationale Politik.
- Für den Abbau der traditionellen Geheimdiplomatie und gegen die unkontrollierte außenpolitische Einflussnahme wirtschaftlicher Machtgruppen.
- Für den Abbau von Schranken beim Zugang zum diplomatischen Dienst, für dessen weitere Modernisierung und für die Förderung jener Entwicklung, die seiner veränderten Aufgabenstellung Rechnung trägt.
- Für den Ausbau der Rolle Österreichs als Stätte der internationalen Begegnung. Insbesondere soll Wien weitere internationale Organisationen beherbergen. Die SPÖ erblickt darin einen wichtigen Beitrag für Österreichs Sicherheit.

Insgesamt gilt es, die Außenpolitik in den Prozess der Demokratisierung unserer Gesellschaft einzubeziehen und die Grundsätze der sozialen Demokratie auch im internationalen Bereich zu verwirklichen.

3.6.3. Österreichs Sicherheit

Die Hoffnung auf dauernden Frieden und internationale Verständigung darf aber Österreich nicht hindern, die ihm mögliche Vorsorge zu treffen, um seine Neutralität, seine nationale Unabhängigkeit und die Einheit seines Staatsgebietes gegenüber jeder fremder militärischer Gewalt zu verteidigen. Das wichtigste Ziel österreichischer Sicherheits- und Neutralitätspolitik muss es aber sein - ohne Verzicht auf Österreichs nationale Interessen, Grundsätze und Lebensprinzipien - die Gefahr, in eine bewaffnete Auseinandersetzung verwickelt zu werden, erst gar nicht entstehen zu lassen.

- Die Sozialisten bekennen sich dazu, dass die Unabhängigkeit nach außen, die Einheit des Staatsgebietes, die Selbstbestimmung über die gesellschaftliche Entwicklung, die demokratische Republik und ihre Freiheits- und Grundrechte gegenüber Gewalt von außen geschützt werden müssen: daher setzen sich die Sozialisten für eine umfassende Landesverteidigung ein.
- Die Sozialisten fordern das Verständnis der Staatsbürger für die friedens- und sicherheitspolitischen Aufgaben Österreichs und die Bereitschaft, die demokratische Republik auch unter Opfern zu schützen. Die Unterstützung der Landesverteidigung in der Bevölkerung muss aber vor allem durch Erziehung zur Demokratie und durch eine demokratische Praxis im öffentlichen Leben gefördert werden.
- Die Sozialisten treten für ein umfassendes Konzept der Landesverteidigung ein, das militärische Bemühungen, zivile Schutzvorkehrungen und wirtschaftliche Bereitstellungsmaßnahmen umfasst. Die Möglichkeiten des politischen Widerstandes, die den besonderen Bedingungen des neutralen Österreichs Rechnung tragen, sind zu berücksichtigen.
- Die Sozialisten, die sich seit dem Hainfelder Programm für ein Volksheer eingesetzt und das Heer der Ersten Republik geschaffen haben, setzen sich für eine militärische Landesverteidigung ein, die den begrenzten finanziellen Möglichkeiten Österreichs und den Notwendigkeiten seiner politischen Situation entspricht.

- Die militärische Landesverteidigung soll auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht von einem milizartigen System getragen werden, das durch Mitwirkung und Mitgestaltung aller, durch eine aufgabenbezogene Ausbildung und eine heimische Produkte vorrangig berücksichtigende Ausrüstung in seiner Wirksamkeit gestärkt werden muss. Es darf jedoch niemand gegen seine innere Überzeugung zur militärischen Landesverteidigung herangezogen werden. Die Ableistung eines entsprechenden Zivildienstes muss für jene Menschen, die dies aus Gewissensgründen wünschen, als völlig gleichwertige Alternative möglich sein.

Das Österreichische Bundesheer kann die ihm gestellten Aufgaben nur erfüllen, wenn es seinen Angehörigen alle staatsbürgerlichen und Persönlichkeitsrechte im vollen Umfang wahrt. Dies ist durch den Ausbau der demokratischen Kontroll- und Mitbestimmungseinrichtungen zu sichern.

4. Der Weg der Sozialisten

Wir Sozialisten sind seit fast einem Jahrhundert die tragende Kraft des gesellschaftlichen Wandels in Österreich.

Entstanden aus Not und Empörung der Arbeiterschaft, getragen vom Wunsch immer größerer Gruppen der Bevölkerung, eine neue, demokratische und gerechte Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, hat die Österreichische Sozialdemokratie in dieser Zeit unser Land entscheidend verändert:

- Die Sozialdemokratie hat Generationen von Österreichern mit dem Bewusstsein ihrer gesellschaftlichen Lage erfüllt. Sie hat sie zur aktiven Beteiligung am politischen Geschehen hingeführt.
- Die Sozialdemokratie hat die politische Demokratie durchgesetzt. Sie hat den Frauen und Männern Österreichs das allgemeine Wahlrecht erkämpft. Sie hat die demokratische Republik geschaffen und unter Opfern verteidigt.
- Die Sozialdemokratie hat im gemeinsamen Kampf mit der Gewerkschaftsbewegung das Massenelend überwunden, die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt und den Wohlfahrtsstaat geschaffen. Sie erkämpfte den arbeitenden Menschen ein menschenwürdiges Leben, den Kindern eine hoffnungsvolle Zukunft, den Alten einen gesicherten Lebensabend. Sie hat viel von den Träumen ihrer Pioniere verwirklicht.

Unser Weg war nicht frei von Rückschlägen und Niederlagen. Aber wir haben Österreich in diesen hundert Jahren zum Guten verändert.

Die Sozialistische Partei ist eine Partei im historischen Sinn. Wir Sozialisten erstreben durch einen Prozess permanenter Reform die Verwirklichung einer neuen und besseren Gesellschaftsordnung. Wir haben unsere geschichtliche Aufgabe nicht schon dadurch erfüllt, dass viele unserer Ideen allgemeine Anerkennung gefunden haben.

Unsere Grundsätze und Ziele haben nichts an Aktualität verloren. Aber immer deutlicher werden sie zur einzigen Alternative gegenüber den unzulänglichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen.

4.1. Mit den Menschen verbunden

Die Sozialistische Partei muss überall dort aktiv sein, wo Menschen ihren Lebensraum und ihre Lebensverhältnisse gestalten. Sozialistische Vertrauenspersonen sollen im ständigen Kontakt mit ihren Mitbürgern stehen, diesen bei der Bewältigung ihrer Probleme helfen und ihnen gesellschaftliche Zusammenhänge verständlich machen. Mitglieder und Funktionäre der SPÖ sollen der Motor der

Demokratisierung sein.

Am Wohnort trifft der Staatsbürger auf Probleme, die ihn unmittelbar betreffen und bewegen. Daher sind Gemeinden und Stadtbezirke wichtige Stätten demokratischer Mitarbeit und Mitverantwortung der Menschen.

Am Arbeitsplatz soll der Arbeitende gleichberechtigt mitbestimmen. Hier vollzieht sich ein wichtiger Teil der politischen Meinungs- und Willensbildung. Darin liegt die besondere Bedeutung der politischen Arbeit in den Betrieben, die sozialistische Gewerkschafter leisten.

Unsere Partei ist seit ihrer Gründung mit der Idee der Gewerkschaftsbewegung unauflöslich verbunden. Die Gewerkschaften beruhen auf freiwilliger Mitgliedschaft und sind von Staat und Parteien unabhängig. Sie sind mehr als nur die Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer; sie sind Träger der Mitbestimmung auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene.

4.2. Die demokratische Partei

Wir Sozialisten kämpfen für eine neue Gesellschaft; daher wollen wir auch in unseren eigenen Reihen neue Formen des menschlichen Zusammenlebens entwickeln, die über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisen: In unserer sozialistischen Gesinnungsgemeinschaft haben wir solidarisches Verhalten, aktives Eintreten für die Gemeinschaft und eine humane Grundhaltung zu zeigen. Dazu gehört auch das Ablegen von alteingesessenen Vorurteilen, besonders gegenüber Frauen.

Dazu gehört die Verpflichtung für sozialistische Vertrauenspersonen, ihr berufliches und politisches Wirken an den Grundsätzen der sozialistischen Bewegung auszurichten. Von der Partei übertragene Funktionen dürfen nicht zur Erreichung persönlicher Vorteile missbraucht werden. Sozialistische Funktionäre sind ihrer Gesinnungsgemeinschaft gegenüber verpflichtet, ihre finanziellen Verhältnisse offenzulegen.

In unserer Partei hat jedes Mitglied das Recht zur Teilnahme an der Willensbildung und an der Wahl von Vertrauenspersonen. Jedes Mitglied hat das Recht auf volle Information und freie Diskussion. Gefasste Beschlüsse sind zu beachten.

4.3. Die offene Partei

Wir Sozialisten wollen den Weg zur Verwirklichung der sozialen Demokratie nicht allein gehen, sondern im engen Zusammenwirken mit anderen fortschrittlich gesinnten Menschen unseres Landes. Wir sind eine offene Partei - wir stehen zu unseren Grundsätzen, die wir in steter Bereitschaft zum Gespräch vertreten.

Daher sucht die SPÖ nicht nur die Mitarbeit aller, die mit der bestehenden Gesellschaftsordnung unzufrieden sind und nach sozialistischen Lösungen suchen; wir suchen auch die Partnerschaft jener, die nicht alle unsere Zielsetzungen, aber einzelne Punkte unseres Programmes unterstützen wollen.

Wir Sozialisten erkennen den Wandel in den christlichen Kirchen. Er zeigt sich nicht nur in offiziellen Erklärungen, sondern vor allem im gesellschaftlichen Engagement von Christen.

Wir begrüßen diese Entwicklung aus innerster Überzeugung. Viele engagierte Christen stehen mitten in unserer sozialistischen Bewegung. Jeder Christ kann Mitstreiter für eine gerechtere soziale Ordnung und Verbündeter im Kampf für die Durchsetzung gemeinsamer Wertvorstellungen sein.

Wir Sozialisten anerkennen die große Leistung des politischen Liberalismus. Er war in seiner revolutionären Periode der geistige Schöpfer des Parlamentarismus. Heute geht es um die Verwirklichung der Demokratie in allen Lebensbereichen. Durch das Zusammenwirken mit uns Sozialisten können Liberale ihre politischen Grundideen auf einer höheren Stufe verwirklichen.

4.4. Ein neues Bewusstsein

Wir Sozialisten wollen den Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung durch eine Politik gestalten, für die wir immer wieder die Mitarbeit der Österreicherinnen und Österreicher gewinnen müssen. Dies wird umso stärker gelingen, je eher die Menschen ihre eigene Situation und die der Gesellschaft kritisch zu durchschauen imstande sind und daraus die Konsequenzen für ihr Handeln ziehen.

Ausgehend von den Erfahrungen der Menschen, muss sozialistische Bildungsarbeit ihnen die Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge vermitteln.

In dem Maße, in dem wir Sozialisten imstande sind, die Gesellschaft zu verändern, wächst ein neues Bewusstsein, das einen wichtigen Beitrag zur Durchsetzung sozialistischer Zielvorstellungen darstellt.

4.5. Sozialismus als ständige Aufgabe

Die Verwirklichung der sozialen Demokratie - gegründet auf Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität - ist ein ständiger Prozess.

Niemals vorher ist die Verantwortung für die Zukunft der Menschen so sehr in ihren eigenen Händen gelegen wie heute. Dieses Programm der Sozialistischen Partei stellt abermals und unverrückbar in den Mittelpunkt aller Betrachtungen und Zielvorstellungen den Menschen, seine Würde und seine Stellung in der Gemeinschaft.

So bedeutet die Verwirklichung sozialistischer Ideale in dieser Zeit mehr als die Verwirklichung bloßer politischer Zielvorstellungen - sie bedeutet die Erfüllung einer historischen Aufgabe. Wir Sozialisten haben die Gesellschaft, in der wir leben, verändert und werden sie im Geiste dieses Programmes in Zukunft gestalten.

So arbeiten und kämpfen wir für den Frieden in der Welt, für die Freiheit der Menschen, für die Verwirklichung der sozialen Demokratie, für den demokratischen Sozialismus.